

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Vor der Preußen-Entscheidung

„Legal“ Hitlersieg oder Auftakt zur proletarischen einheitlichen Klassenfront

Kurze Landtagseröffnung Heute Wahl des Präsidiums!

Berlin, 24. Mai 1932.

Die Eröffnungssitzung des neuen preußischen Landtags verlief trotz des Theaterdommers den vor allem die Nazis veranstalteten, ohne besondere Zwischenfälle; programmgemäß.

Bei dem außerordentlich starken Andrang wurde die Kartenkontrolle streng gehandhabt. Trotzdem waren die Publikumstribünen gleich nach ihrer im 14 Uhr erfolgten Öffnung überfüllt. Während die Abgeordneten der übrigen Parteien allmählich in den Saal strömten, vollzog die Nazifraktion erst beim dritten Klingelzeichen unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Abg. Kube einen theatralischen Einzug.

Die Regierungsbank bleibt leer.

Um 15½ Uhr betritt der Alterspräsident der Nazi-General Litzmann, auf dem Stock gestützt, unter dem Heilgebrüll der Nazis den Saal. Von den Kommunisten wird er mit stürmischen Niederrufen empfangen. General Litzmann eröffnete die Sitzung und übernimmt das Präsidium, nachdem sich ergeben hat, daß er der älteste Abgeordnete des Hauses ist.

Den Opfern des Grubenunglücks auf der Zeche Dorstfeld wurde ein Nachruf gehalten, den die Abgeordneten stehend anhörten. Der Alterspräsident gab dem Hause dann Kenntnis von der Rücktrittserklärung des Staatsministeriums.

Die Deutschnationalen und Kommunisten brachten darauf Mißtrauensanträge gegen das geschäftsführende Staatsministerium ein. Gegen das Verlangen der Deutschnationalen, ihren Mißtrauensantrag bereits in der Mittwochssitzung zu behandeln, erhoben die Sozialdemokraten Widerspruch. Nachdem noch der Aeltestenrat eingesetzt worden war, vertagte sich das Haus entsprechend einem Vorschlag des Alterspräsidenten auf Mittwoch, 13 Uhr, um dann in erster Linie die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die Bestätigung des ständigen Ausschusses und die Beratung der Naziagitationsanträge.

Auf Vorschlag der kommunistischen Fraktion wurde noch ein kommunistischer Antrag auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung gesetzt, der die Aufhebung aller durch Notverordnung angeordneten Kürzungen der Wohlfahrtsbezüge fordert. Die Eröffnungssitzung dauerte nur etwa 1½ Stunden. Sie wurde wiederholt durch Lärmereien unterbrochen.

*

Mit außergewöhnlich starkem Interesse blickt die Öffentlichkeit und auch die ganze Arbeiterklasse auf die Vorgänge im neueröffneten preußischen Landtag. Aber der Parlamentarismus ist doch tot? Seit Jahren wird in Deutschland und auch in Preußen nicht nach den Beschlüssen der Parlamente, sondern mit Notverordnungs-Diktatur nach Artikel 48

regiert. Was ist die Ursache für dieses starke Interesse an der Tagung des neuen preußischen Landtages und wie ist der Widerspruch zwischen der „Bedeutungslosigkeit“ des Parlaments und diesem großen Interesse zu erklären?

Es ist die — auch von jedem politisch denkenden Proletarier erkannte — Tatsache, daß nicht die vom preußischen Landtag zu schaffenden Gesetze oder Abstimmungen über diesen oder jenen Antrag wichtig sind, sondern daß hier die Spitzen der außerparlamentarischen Klassenkräfte im Moment aufeinanderstoßen, weithin sichtbar sich messen. Jeder sieht und fühlt, daß hier in den nächsten Tagen nicht nur für Preußen, sondern fürs ganze Reich weittragende Entscheidungen für die zukünftige Regierungsmethode und damit auch für die Formen des entscheidenden außerparlamentarischen Klassenkampfes für die nächste Zukunft fallen.

Es geht darum, ob hier dem Hitlerfaschismus der entscheidende Durchbruch zur Uebernahme der Regierungsmacht gelingt und damit die nächste Voraussetzung für die Errichtung der reinen faschistischen Diktatur im ganzen Reich.

Gewiß ist die Stärke und Konstellation der einzelnen Landtagsfraktionen nur der Ausdruck der außerparlamentarischen Klassenkräfte, deren Schwergewicht heute weniger denn je im Parlament liegt. Aber die Geschichte aller Revolutionen im Zeitalter des Kapitalismus beweist, daß bestimmte Entscheidungen eines Parlaments im kritischen Augenblick die Richtung und den Charakter des außerparlamentarischen Klassenkampfes entscheidend beeinflussen. Dieser kritische Moment liegt jetzt im Preußenparlament vor.

Besondere Umstände haben es mit sich gebracht, daß der antiparlamentarischen Partei, der KPD, hier die entscheidende Rolle zugefallen ist. Sie bildet zwischen den beiden Gruppen, den Faschisten einerseits und den bisherigen Regierungsparteien (SPD, Zentrum und Demokraten) andererseits, das „Zünglein an der Waage“. Da die Faschisten allein stärker sind, als die bisherigen Regierungsparteien, so bedeutet schon eine Stimmenthaltung der KPD einen Mehrheitsvorteil der Nazis. Und von der KPD hängt es zum mindesten ab, ob die Hitlerpartei schon heute „legal“ — oder vielleicht erst später — die Regierungsmacht übernehmen kann. Kann die Hitlerpartei, infolge der Abstimmung der KPD das heute schon, dann wird der KPD von der SPD leicht die Verantwortung aufzubürden sein, daß sie schuld ist an der Hitlerregierung.

So steht die Situation. Die KPD-Führung erkennt und fühlt auch, welch ungeheure Verantwortung auf ihr lastet. Das zeigen die verschiedenen Artikel in der „Roten Fahne“, und ganz besonders der gestrige

KPD-Aufruf

Doch die KPD-Führung mißachtet in den Artikeln, wie in ihrem Aufruf den alten und für eine klare Klassenführung unerläßlichen Grundsatz: Aussprechen was ist. Statt klar zu

sagen, was sie will und tut, schleicht sie mit deutungsfähigen Phrasen wie die Katze um den heißen Brei.

Der Aufruf stellt in einem Teil der Formulierungen einen Rückfall in die unsinnigsten Theorien vom „Sozialfaschismus“ dar. Andererseits „weiß die KPD sehr wohl die Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und der Hitlerpartei, besonders in ihrer sozialen Zusammensetzung einzuschätzen“. Und dann:

„Die KPD wird in schärfstem Maße den Kampf der Massen gegen den Hitlerfaschismus organisieren, weil er in noch brutalerer Weise und in noch schnellerem Tempo die faschistische Diktatur in Deutschland verwirklichen will.“

Gut, aber was macht die KPD jetzt im Landtag? Der einzig klare Satz darüber lautet:

„Die KPD wird deshalb bei den Präsidiumswahlen im Preußischen Landtag ihre eigenen Kandidaten aufstellen und für sie stimmen.“

In diesem Augenblick, in jedem Falle und auch bei der Stichwahl die eigenen KPD-Kandidaten aufrechtzuerhalten,

bedeutet die Wahl eines Nazipräsidiums mit indirekter Hilfe der KPD

Das ist die Tatsache. Darüber können alle Phrasen nicht hinweghelfen. Schlägt die KPD auch bei der Abstimmung über die Geschäftsordnung in bezug auf die Wahl der Regierung und bei der Regierungswahl selbst dieselbe Taktik ein, dann wird, ebenfalls mit ihrer indirekten Hilfe, eine preußische Hitler-Regierung gewählt, was zweifellos sofortige Aus-

wirkung auch die faschistische Umbildung der Reichsregierung zur Folge hätte.

Was das bedeutet, braucht hier nicht näher erläutert zu werden. Und es zeigt die hohle Phrasologie des KPD-Aufrufes, wie er angesichts dieser Situation die Entscheidung im preußischen Landtag als weniger wichtig hinzustellen versucht mit der im allgemeinen richtigen Bemerkung, daß dieser Kampf nicht im Parlament entschieden wird.

Die wichtigste Entscheidung im Preußenparlament ist die, wie und in welcher Form durch Abstimmungen der außerparlamentarische Kampf, die Herstellung oder Verhinderung einer proletarischen Einheitsfront zum einzig wirkungsvollen Kampf gegen Faschismus beinflusst wird.

Von diesem Bestreben geleitet, müßte die KPD mit ganz bestimmten Mindestforderungen an die SPD herantreten, um sie so auch bei den Abstimmungen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Faschisten auf einer auch für draußen gültigen Kampfplattform zu zwingen, oder, im Falle der Ablehnung durch die SPD, ihr die Verantwortung für den Sieg der Nazis aufzubürden.

In dem einen wie anderen Falle wäre das die wirkungsvollste Vorbereitung für die

Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse im außerparlamentarischen Kampf

für den Kampfblock aller Arbeiterorganisationen

Darauf, und vor allem darauf, kommt es an.

„Für Schleicher und Hitler bereit“

Die Aussichten der Regierung Brüning verschlechtern sich von Tag zu Tag. Im Auswärtigen Ausschuss wiederholte Herr Brüning, der Unentbehrliche der nationalen Einheitsfront, gestern noch einmal seine 4. August-Linie zu den Lausanner Verhandlungen und zu den Tributen. Die Ausführungen bleiben geheim. Im Haushaltsausschuss wurden die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen noch einmal mit einer Einstimmigkeit von 18 gegen 17 Stimmen, unter denen sich auch die bisherige Regierungsstütze, die Deutsche Volkspartei-Vertretung, befand, abgelehnt, — aber es geht zu Ende!

Der Staatssekretär Meißner hat sich zu Hindenburg nach Neudeck begeben, und aus dem Ton, in dem nationalsozialistische Presseangriffe schon sehr siegeszuversichtlich gegen Brüning hageln, ist zu entnehmen, daß ein neuer Vorstoß der Schleicherkammarilla offenbar die Tage Brünings gezählt erscheinen lassen.

In der englischen Presse wird beispielsweise in der „Daily Mail“ unter der fettgedruckten Ueberschrift „Die deutsche Verfassung in schwerer Gefahr“ geäußert, daß eine Diktatur in Deutschland bevorstehe, die Lösung der gegenwärtigen Krise werde mög-

licherweise ein Dreimännerrat sein. Dann könne der preußische Landtag und der Reichstag über Bord gehen. Schleicher und Hitler würden den Apparat für eine diktatorische Regierung bereit und in fester Ordnung finden.

Nach Waltershausen — Planitz!

Als im Planitzer Wohlfahrtsamt die Auszahlung der Wohlfahrtsverwehlosen-Unterstützungen stattfinden sollte, verweigerten die Arbeiter die Annahme der gekürzten Unterstützungen und verhinderten auch die Auszahlung an andere Unterstützungsempfänger. Etwa 500 Personen hielten den Raum besetzt. Die Erbitterung machte sich in Ansprachen Luft. Das Eingreifen des Bürgermeisters half nichts. Die Polizei räumte dann das Wohlfahrtsamt mit dem Gummiknüppel! Später bildeten sich auf der Straße Ansammlungen. Als das Ueberfallkommando abermals eingesetzt wurde, flüchteten die Erwerbslosen, sammelten sich aber dann nochmals auf dem Marktplatz und in den angrenzenden Straßen. Die Polizei schoß in die Menge. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet.

Kampf dem Arbeitsdienst!

G.H. Seit der Dritten Notverordnung besteht in Deutschland der sogenannte „Freiwillige“ Arbeitsdienst. Der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ist in der Dritten Notverordnung das Recht zuerkannt worden, Mittel der Reichsanstalt für die Durchführung sogenannter gemeinnütziger Arbeiten im Wege des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes durchzuführen. Als Entgelt sind pro Tag zwei Mark pro Arbeitsdienstpflichtigen ausgesetzt, die jedoch nicht etwa in bar ausbezahlt, sondern zum Teil für Verpflegung, Bekleidung und Unterbringung der Arbeitsdienstwilligen in Barackenlagern aufgewandt werden, so daß nur ein tägliches Taschengeld aufgewandt wird. Der ganze Charakter des Arbeitsdienstes bei solcher kasernenmäßigen Unterbringung, seinen „sportlichen“ Übungen in der Freizeit usw. bringt es mit sich, daß diese Arbeitslager durchaus militärischen Charakter tragen, wie dies sogar die Berichte bürgerlicher Zeitungen, z. B. der „Vossischen Zeitung“, über die Arbeitslager in Bautzen und Brieseberg und die Photos in illustrierten Zeitungen erkennen lassen.

Jetzt soll nach den Reden von Brüning und Groener der „freiwillige“ Arbeitsdienst eine bedeutende Erweiterung erfahren. Während bisher etwa 60 000 Jugendliche für zu meist kürzere Zeit in Arbeitslagern beschäftigt wurden, sollen jetzt Hunderttausende von Jugendlichen auf dem Wege des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes beschäftigt werden. Im Rahmen der „Arbeitsbeschaffungspläne“ sollen große Mittel — es werden Summen bis zu 200 Millionen M. genannt — für den Ausbau des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes verwandt werden. Bei einem solchen Ausbau wird besonders angesichts der weiteren Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge, der Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung, die neue Hunderttausende, namentlich jugendlicher, Erwerbsloser ohne jede Unterstützung lassen wird, die Freiwilligkeit eine reine Vorspiegelung sein. Durch einen solchen Ausbau wird der Zwangsarbeitsdienst vorbereitet, der eine neue Militarisierung der Jugend, die Schaffung einer ungeheuren Streikbrecherarmee, einer neuen vergrößerten Technischen Nothilfe bedeutet.

Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht melden sich denn auch bereits. Am 24. Mai hat die Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht, der bereits 60 verschiedene Organisationen angehören, unter Leitung eines Oberregierungsrates Thomsen im Herrenhaus eine Kundgebung für die Arbeitsdienstpflicht veranstaltet. Hauptreferent war der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Oberst Hierl. Er forderte, daß die „Reichsarbeiter“, wie die Arbeitsdienstpflichtigen heißen sollen, während der Dienstzeit außer Unterkunft, Nahrung und Bekleidung, nur ein Taschengeld von 30—50 Pf. täglich erhalten sollen. Die Dienstpflicht soll zwei Jahre dauern während des Alters von 19—22 Jahren. Die Bestimmungen über Betriebsräte und Tariflohn dürften naturgemäß keine Anwendung finden. Die Organisation soll der alten Wehrmacht nachgebildet werden. Die Mittel sollen durch den Wegfall der Mittel für die Arbeitslosenunterstützung aufgebracht werden. Für das Stammpersonal und die Leitung sollen verschiedene Offiziere und Beamte Verwendung finden. Die Verächtlichmachung des Arbeitsdienstes soll mit Gefängnis, Aufreißung zum Ungehorsam und zur Meuterei, „Sabotageakte“ sollen mit Zuchthaus bestraft werden! Für Vorbestrafte sollen Besserungsabteilungen eingerichtet werden. Der zweite Redner, Hildebrandt, vom Bundesamt des Stahlhelm, unterstützte die Ausführungen Hierls und forderte Abschaffung der Reparationen, Stärkung des Binnenmarktes, Abbau der staatlichen Wirtschaft. Der Schlußredner Pieper von der Reichsarbeitsgemeinschaft beschwor den „Geist von 1914“ herauf und erklärte, daß der freien Wirtschaft keine Konkurrenz gemacht werden solle.

Das ist deutlich und klar ausgesprochen das Ziel der Reaktion: die arbeitende Jugend soll Arbeitssklave heute sein, um morgen als Kanonenfutter zu dienen. Aber das Ungeheuerliche geschieht: Während sich immer klarer und deutlicher herausstellt, daß der „freiwillige“ Arbeitsdienst nichts anderes ist, als die unmittelbare Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht, schwenken die reformistischen Führer einer nach dem anderen ein in die Front der Befürworter des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes. Zuerst hat sich das Reichsbanner am „freiwilligen“ Arbeitsdienst beteiligt. Dann hat die Zentralkommission für Sport und Körperpflege ihren Organisationen empfohlen, sich die Einrichtungen des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes für ihre Organisationen auszunutzen. Dann hat sich der Reichsausschuß der SAJ für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst ausgesprochen, und jetzt beginnen auch die Gewerkschaftsführer immer stärker in die Front der Befürworter des „Freiwilligen

„Schicksalsfragen der Arbeiterschaft“

Der Geist des 4. August 1914 geht um

Die Sozialdemokratie kann sich nicht oft genug entrüsten über die Hilfsdienste, die andere den Nazis leisten. — Wie aber schaut es in dieser Hinsicht bei ihr selber aus? Ein Blick in die Diskussions- und Publikationsorgane der Sozialdemokratie zeigt ein wahres Wettlaufen mit den nationalsozialistischen Führern um die „Seele“ des deutschen Arbeiters.

Empfiehlt Heilmann vor kurzem, die sozialdemokratischen Kriegsteilnehmer sollen ihre Klempnerläden aus den Kommodenschubläden holen und anlegen und ihre dem Vaterland geleisteten Dienste in das Licht der Öffentlichkeit stellen, so hat auf der Pflanztagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande der Vorsitzende des ADGB für West- und Ostoberschlesien, Nowak (Gleiwitz), sein nationales Herz ausgeschüttet. In einer dieser Tagung angeschlossenen „Arbeiter“-Konferenz sprach dieser „Arbeiter“-Führer über „Schicksalsfragen der oberschlesischen Arbeiterschaft, wofür er nach dem Bericht stärksten Beifall erntete. Nowak führte unter anderem aus: Die Arbeiterschaft der östlichen Grenzmarken ist von der furchtbaren Auswirkung der sinnlosen Grenzziehung weit stärker betroffen, als die werktätige Bevölkerung im Innern Deutschlands. Sie kann vor den brennenden Fragen der Außenpolitik nicht ausweichen. Doch auch dem Berliner Arbeiter muß endlich klargemacht werden, daß seine Arbeitsplätze heute nur noch 165 Kilometer von der Grenze entfernt liegen. Wenn er diese Tatsache in ihrer wirklichen Bedeutung erfassen lernt, wird er die Haltung seiner Genossen im Grenzland zu nationalen Erfordernissen besser verstehen lernen. Die Art der Werbung des VDA wird bei der Arbeiterschaft hier und dort in Zweifel gezogen, um so mehr aber verdient die praktische Tätigkeit dieses Vereins, dem es nur um die Erhaltung des Deutschtums geht, rückhaltlose Anerkennung auch von Seiten der Arbeiterschaft... Der deutsche Arbeiter, der gerade auf vorgeschobenem Posten seine nationale Aufgabe stets treu erfüllt hat, bekennt sich zur Deutschtät der Tat... Niemals war die deutsche Arbeiterschaft dem Auslande gegenüber knechtisch... Sie wird auch die beabsichtigte Versklavung des deutschen Volkes abzuwehren wissen. Behels Worte aus dem Reichstag im Jahre 1904 von der Bereitschaft des deutschen Arbeiters zur Verteidigung seines Vaterlandes gegenüber den ausländischen Angriffen haben jetzt, nachdem der deutsche Staat ein Volksstaat geworden ist, erst ihren ganzen Sinn erlangt. Wenn es galt, fremde Bedrückung abzuwehren, wie im Ruhrkampf oder in der Zeit der Polenaufstände in Oberschlesien, standen die deutschen Arbeiter stets in vorderster Front...“

Diese Rede könnte im „Völkischen Beobachter“ oder in den Hugenberglättern stehen, ohne aus dem Rahmen herauszufallen,

Arbeitsdienstes einzuschwenken. So veröffentlichte z. B. Ludwig Diederich, Reichsjugendleiter des ZdA, in der „Welt am Montag“ einen Artikel für die Beteiligung am „freiwilligen“ Arbeitsdienst. Am letzten Sonntag hielt der Reichsbannerführer Höltermann in Hamburg eine Rede für den Arbeitsdienst.

Besonders kennzeichnend für die reformistischen Befürworter des „Freiwilligen“ Arbeitsdienstes ist der Leitartikel des „Vorwärts“ vom 19. Mai. Dort wird die pädagogisch-politische Bedeutung des „Freiwilligen“ Arbeitsdienstes gerühmt und die erfüllende Wirkung einer gesunden Arbeitsordnung besonders gepriesen. Besonders hervorgehoben wird ein Zitat aus der „Reichsbanner-Zeitung“, daß sich besonders gegen politisch und weltanschaulich getrennte Arbeitslager wendet und fordert: „Es muß dafür gesorgt werden, daß der ständischen und weltanschaulichen Abmauerung entgegengearbeitet wird, indem möglichst bunte und gemischte Lager zustande kommen.“ Wenn dann gleich hinterher rühmend erwähnt wird, daß die Nr. 293/84 der „Vossischen Zeitung“ mitteilt, daß „sozialdemokratische Arbeitslager ohne eigenes Zutun Zulauf von Stahlhelmern hätten“, dann zeigt das, worauf es hinaus soll, nämlich auf die Erreichung eines Volksgemeinschaftsgeistes à la 1914.

Das zeigt die ganze Größe der Gefahr. Der Massenkampf gegen den Arbeitsdienst muß organisiert werden. In den Gewerkschaften, den Arbeitersport- und Kulturorganisationen, unter den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern müssen wir wirken für eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Arbeitsdienst.

sie würden sich würdig in die übrigen Artikel einreihen.

Schicksalsfragen der Arbeiterschaft? Das ist für den Gewerkschaftsführer Nowak nicht der Klassenkampf gegen das Hungerleben der oberschlesischen Kumpels, gegen die Notverordnungen, gegen Lohn- und Unterstützungsraub an den Proleten, das sind auch nicht die Gewalttaten der faschistischen Mordhunden. Schicksalsfrage der Arbeiterschaft ist in dem Gehirn dieser „Arbeiter“-Vertreter die nationalsozialistische Auslandsdeutschenvereinsstetze und die „Deutschtät der Tat“.

Auf die gleiche Art hat man die Proleten 1914 benötigt gemacht, hat sie von ihren Klassenaufgaben abgelenkt und als billiges und williges Schlachtvieh auf die Ehrenfelder Europas geschleppt.

Haben sie nichts daraus gelernt oder schon wieder vergessen, daß man auch nur wieder solch frevles Spiel beginnen darf?

Kriegsproduktion fordert Opfer!

Explosion in einer Dynamitfabrik — ein Arbeiter getötet

Fürth, 23. Mai 1932.

In der Dynamitfabrik Stadeln bei Fürth, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G., explodierte am Montag mittig gegen 11.30 Uhr das im Trockenraum befindliche Dynamit. Der Trockenraum — der abseits von den übrigen Gebäuden liegt — wurde vollkommen zerstört, der im Raum befindliche Arbeiter Britting so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Die Ursache des Unglücks sowie nähere Einzelheiten sind am Montag abend hier noch nicht bekannt. Das bürgerliche „Achtuhrblatt“ (Nürnberg) teilt mit, daß die erwähnte Dynamitfabrik in den letzten Jahren wiederholt von Explosionskatastrophen heimgesucht wurde.

Das legt die Vermutung nahe, daß im Interesse einer schnellen Belieferung der Kunden die Trocknung, Lagerung usw. des Dynamits doch nicht immer mit der äußersten Sorgfalt durchgeführt wird. Es wäre nur selbstverständlich, daß die Staatsanwaltschaft hier einmal energisch durchgriffe... wenn dem kapitalistischen Klassenstaat nicht die „nationalen Belange“ (bei deren Wahrnehmung

Der reaktionärste Landtag seit 1919! Ganze 26 Arbeiter in diesem Landtag!

Berlin, 24. Mai 1932.

Die Zusammensetzung des neuen preussischen Landtages zeigt 62 Vertreter der Junker und Bauern, darunter der Hohenzollernprinz! Weit mehr, als im letzten Landtag. Sie stehen damit nur unwesentlich hinter den Vertretern der Beamtenschaft zurück, die 70 Vertreter in den neuen Landtag entsandt hat. Das Handwerk ist mit 58 Abgeordneten vertreten, dem Kaufmannstande gehören 43 Abgeordnete an. Ferner sind im Landtag vertreten die Parteibeamten mit 31,

die Arbeiter mit 26,

die Lehrer mit 21, die Redakteure mit 17, die Gewerkschaftsangehörigen mit 18, die Schriftsteller mit 10 Abgeordneten. Weiter sind in den Landtag gewählt 12 Hausfrauen, 8 ehemalige Offiziere, 6 Richter, 6 Pfarrer, 6 Rechtsanwälte, 6 Aerzte, 3 Volkswirte, 2 Förster, 3 Ingenieure, 1 Industrieller, 1 Architekt, 1 Kleingewerber und 1 Gastwirt. 11 Abgeordnete haben einen Beruf nicht angegeben.

Diese Zusammenstellung der Landtagsbehörde verschleierte die klassenmäßige Zusammensetzung der Landtagsvertreter, jedoch ist selbst aus ihr zu entnehmen, daß in einem Lande mit fast Dreiviertel proletarischer Bevölkerung städtische und ländliche Mittelschichten — Bauern, Handwerker, Beamte, Intellektuelle usw. — unter Führung von Junkern, Offizieren, Pfaffen und Bourgeoisierichtern die überwältigende Mehrheit haben. Auch die berufliche Zusammensetzung zeigt wie die politische, daß der gegenwärtige der reaktionärste Landtag seit 1919 ist!

SAP: Liste 7 in Mecklenburg

TU. Schwerin, 24. Mai 1932.

Am Dienstag vormittag fand im Sitzungssaal des Mecklenburg-Schwerinischen Staatsministeriums unter Vorsitz des Wahlleiters

Dynamit bekanntlich eine wichtige Rolle spielt) wichtiger sein müßten als ein paar Arbeiter. Für die Arbeiterschaft jedenfalls muß der Krach dieser Explosion ein sehr ernsthaftes Signal sein!

Englische Regierungskredite für Rußlandlieferungen

TU. London, 23. Mai 1932.

Wie im Unterhaus mitgeteilt wurde, hat sich die englische Regierung bereit erklärt, weitere Kredite für den Verkauf englischer Fertigwaren nach Rußland bis zu einem Gesamtbetrag von 1 600 000 Pfund zu garantieren. Die Kreditbedingungen werden in jedem einzelnen Fall von einem Sonderausschuß bestimmt. Die Höchstlaufdauer der Kredite beträgt 18 Monate. Der größte Teil wird auf eine Dauer von 12 Monaten beschränkt werden.

„Rekonstruktion der Wolga“

Gewaltige Bewässerungspläne

TU. Moskau, 24. Mai 1932.

Der Zentralvollzugsausschuß der Kommunistischen Partei und der Rat der Volkskommissare haben kürzlich in einem Beschluß auf die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zum Kampf gegen die Dürre, insbesondere im unteren Wolgabereich, hingewiesen. In diesem Zusammenhang erklärt der Verfasser des Planes der „Rekonstruktion der Wolga“, Professor Tschallygin, einem Pressevertreter, daß in der Stadt Kamyschin im ehemaligen Gouvernement Saratow an der Wolga der Bau eines Riesenkraftwerkes und eines Staudammes geplant sei. Die Bewässerung des Wolgabereichs habe eine ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung. Während Amerika zur Lösung des Bewässerungsproblems Jahrzehnte benötigt hätte, werde die Sowjetunion gezwungen sein, ein Gebiet, das zweimal so groß wie das von der amerikanischen Bewässerung erfaßt ist, in fünf Jahren zu bewässern. Das Wasserkraftwerk in Kamyschin soll ungefähr viermal so groß wie das berühmte Kraftwerk am Dnjestr, der Dnjestrostroj, sein. Seine jährliche Erzeugung an Elektroenergie werde ungefähr 9 bis 10 Milliarden Kilowattstunden betragen. Die Höhe des Staudammes werde 30 m und seine Gesamtlänge etwa 3 km betragen. Die Kosten des ganzen Baues werden auf etwa 1,5 Milliarden Rubel berechnet, die des ganzen Bewässerungssystems auf 5 Milliarden Rubel. Man hoffe, damit die Frage der Bewässerung der des öfteren von der Dürre heimgesuchten Gebiete der unteren Wolga gelöst zu haben.

Dr. Schmidt, die Sitzung des Wahlausschusses über die Zulassung der Wahlvorschläge zur kommenden Mecklenburg-Schwerinischen Landtagswahl statt. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Alle Wahlvorschläge, es waren sieben eingereicht worden, wurden in folgender Reihenfolge zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei,
2. Kommunistische Partei,
3. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
4. Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Mieter, Rentner, Staatspartei),
5. Deutschnationale Volkspartei,
6. Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger (Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst),
7. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

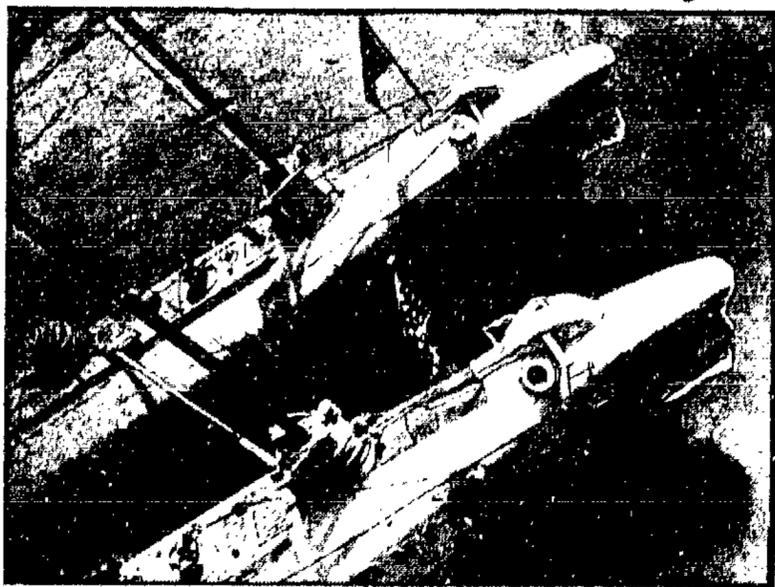
Wahrzeichen für Hessenwahlen?

Nazi verlieren zwei Drittel ihres Bestandes

TU. Frankfurt a. M., 23. Mai 1932.

Die sozialdemokratische „Frankfurter Volkstimme“ berichtet über die in dem kleinen hessischen Städtchen Vilbel stattgefundenen Beigeordnetenwahl: „Ein für die Sozialdemokratie glänzendes Wahlergebnis wird aus Vilbel gemeldet: Bei einer Beigeordnetenwahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat 1718, der bürgerliche Sammelkandidat 905, der Kommunist 521 und der Nationalsozialist 298 Stimmen. Im Vergleich zur hessischen Landtagswahl vom 15. November 1931 gewann die Sozialdemokratie 93 Stimmen, während die Kommunisten 134 Stimmen verloren. Die Nationalsozialisten erlitten einen bisher beispiellosen Zusammenbruch, denn sie verloren von ihren 906 Landtagsstimmen 608, das heißt zwei Drittel ihres Bestandes.“

Im Zeichen der Abrüstung



In Genf sitzen Diplomaten aus aller Welt beieinander, machen sich Komplimente, tun sehr friedliebend und nennen das: Abrüstungskonferenz. Das hindert ihre Regierungen daheim aber absolut nicht, lustig aufzurüsten. Redensarten der Diplomaten sind billig wie Brombeeren, sie sind nur Kulissen, um die Vorbereitungen für einen frisch-fröhlichen Krieg zu verbergen.

Da hat z. B. Amerika jetzt eine Serie neuartiger Unterseeboote bauen lassen. Die Korrespondenz, durch deren Vermittlung wir eine Aufnahme von diesen Seeungeheuern erhalten, macht besonders darauf aufmerksam, daß sie wie bellende Hunde aussehen. Nun: Hunde, die bellen, beißen nicht — wenn das Sprichwort recht hat. Diese hier aber beißen, und zwar sehr!

Diplomatengeschwätz tut dem Rüstungswahn der kapitalistischen Staaten keinen Abbruch. Dagegen ist nur ein Kraut gewachsen: die revolutionäre Aktion des Proletariats.

Die Überschwemmungen in England

London, 24. Mai 1932.

Die Überschwemmungen in Mittelengland nahmen immer größere Ausdehnung an. Neu entstandene Seen dehnen sich kilometerweit aus und erreichen vier bis fünf Meter Tiefe. Die Jugend tummelt sich in den überschwemmten Orten im Badekostüm, von Haus zu Haus schwimmend. Zehntausende von Drahtleitungen sind unterbrochen, ebenso zahlreiche Eisenbahnverbindungen. Viele Städte, darunter Sawley, Bridge, Ashby und Stratford, stehen vollkommen unter Wasser. Der Verkehr

mit den in den Dachgeschossen hausenden Bewohnern kann nur mit Booten aufrecht erhalten werden. In der Stadt Derby allein wird der Schaden auf zehn Millionen Mark geschätzt. Mehrere Personen sind ertrunken. Viele Häuser sind eingestürzt. Das Shakespeare-Theater in Stratford ist völlig von einem tiefen See umgeben.

Schnee und Frost in Nordschweden

Stockholm, 24. Mai 1932.

Nordschweden und Dalekarlien wurden durch einen schweren Schneesturm heimgesucht, der an vielen Stellen Verkehrsstörungen

Hunger in allen Gassen

Von Walmann

Vorbei sind die Tage des Frierens, die Tage, in denen Millionen von Menschen in ungeheizten Wohnlöchern ohne die notwendige warme Bekleidung ihr Hungerdasein geführt haben. Die wärmere Jahreszeit läßt sie aufatmen und lockt sie auf die Straße und ins Freie. Scheinbar hat die Sonne Wunder erwirkt, denn die müden, mißmutigen, von Sorgen durchfurchten Gesichter des Winters erscheinen jetzt sorgloser und freudiger gestimmt. Oder sind es jetzt die sommerlichen Gewänder, das Blattgrün der Bäume, die saftigen Rasenflächen mit den in allen Farben schillernden Blumenbeeten, die uns den Menschen anders sehen lassen. Es scheint so, und dieser Schein trägt. Mehr als im vergangenen „Hungerwinter“ spiegelt sich jetzt die große Not und Sorge um das tägliche Brot allenthalben auf den Straßen, Höfen und in den Mietskasernen wider.

Mitten auf dem verkehrsreichen Fahrdamm, von vorbeiflitzenden Autos in steter Lebensgefahr schwebend, stehen in ihren zerschissenen Hemdsärmeln drei Jungerwerbslose und schwitzend mit ausgetrockneten und ungeübten Kehlen singen sie ihre Weisen. Ehemals, als Lehrlinge ein gutes Ausbeutungsobjekt, hat man sie nach der Lehre aus den Betrieben hinausgerationalisiert und, da sie keine Unterstützung bekommen, dem Hunger preisgegeben. So müssen sie jetzt durch ihren Gesang an die Mildtätigkeit der vorbeigehenden Passanten appellieren, um durch Sammlung von Almosen ihre kleinsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Aber nur spärlich sind die Almosen, die ihnen zufallen, denn die, die noch für ihre Lage Verständnis haben, sind selbst mittellos und die übrigen halten die Taschen zugeknöpft, da sie in den Sängern „gerissene Burschen“ sehen. So heißt es für

die Jugend mit hungrigen Mägen: „weiter die Straße entlang“.

In einer Nebenstraße hat ein Trio mehr Glück, wie die drei Jugendlichen. Mit auf „Stottern“ gekauften Instrumenten, mit denen sie eine ganze Musikkapelle ersetzen, spielen sie, die Radiomusik aus den Fenstern überhörend: „Das Matrosenlied“. Aus den Fenstern und von den Balkons werfen lächelnde Menschen, vielleicht, den letzten „Sechser“, und sich im Spiel verbeugend patrouillieren die drei Gesellen weiter. Sie müssen „arbeiten“, denn aus dem Erlös ihres Spiels muß ja noch neben dem Lebensunterhalt auch die wöchentliche Rate für die Instrumente bestritten werden.

Da naht plötzlich eine Polizei-Streife. Mit geschicktem Griff hat der eine Uniformierte den Bandoniumspieler erwischt. Mit gehts zur Revierwache und aus ist vorläufig Glück, Verdienst und Spiel.

Selbst der Drehorgelspieler mit seinem Kasten, dem er die neusten Schlager entlockt, hat an Sympathien bei den Hausbewohnern verloren. Vielfach muß er heute die „Hauskapelle“ darstellen, während ein brotloser Artist auf dem harten Pflaster seine gliederverrenkenden Kunststücke vorführt. Jubelnd umstehen ihm die unterernährten Proletenkinder und verfolgen seine Bewegungen. Was wissen sie von dem harten Kampf ums Dasein? Die Sorgenfalten des „Künstlers“ sind gefüllt mit Schweiß und Staub. Die Glieder schmerzen ihm und der Lohn ist gering. Für ihn heißt es weiter zum nächsten Hof, wo er sich weiter quälen muß.

Die Truppe ist knapp aus dem Hause, da

anrichtet und im besonderen den Telefon- und Telegraphenverkehr lähmte. Besonders überraschend war die Rückkehr des Winters in der Gegend von Sundsvall, wo man vor wenigen Tagen 23 Grad Wärme maß und wo infolge des Sturmes das Thermometer unter den Gefrierpunkt gesunken ist.

Erdbeben in Indien

Amsterdam, 24. Mai 1932.

Die ostindischen Inseln Flores und Timor wurden von schweren Erdbeben heimgesucht, die großen Schaden anrichteten. Zugleich traten mehrere Vulkane auf beiden Inseln in Tätigkeit. Das Ausmaß der Naturkatastrophe ist noch nicht abzusehen.

Flecktyphusepidemie im Wilnaer Gebiet

Warschau, 24. Mai 1932.

Einige Bezirke im Wilnaer Gebiet sind von einer Flecktyphuseuche heimgesucht worden. Bis jetzt sind in 20 Ortschaften mehr als 750 Personen erkrankt und davon über 100 gestorben.

Förstermord

Ratibor, 24. Mai 1932.

Am Montag wurde in einem Getreidefelde auf dem Wege von Lubowitz nach Slawikau der 30 Jahre alte herzogliche Förster Fiolka aus Gregoradorf (Kreis Ratibor) tot aufgefunden. Der Schädel des Försters war bis zur Unkenntlichkeit zertrümmert. Anscheinend ist Fiolka von Wilddieben ermordet worden. Die Spuren lassen darauf schließen, daß der Mord ein heftiger Kampf zwischen den Mördern und seinem Opfer vorausgegangen ist.

Piccard fliegt wieder in die Stratosphäre

Brüssel, 24. Mai 1932.

Wie bekannt wird, will Professor Piccard den zweiten Aufstieg seines Ballons in die Stratosphäre persönlich zusammen mit dem Ingenieur Coyns durchführen. Der Tag des Aufstiegs ist noch nicht bestimmt. In der Wahl des Aufstiegsortes schwankt man noch zwischen Augsburg, Friedrichshafen und Zürich.

Grubenunglück in Südafrika

Kapstadt, 23. Mai 1932

Infolge einer Erderschütterung wurden im Robinson-Deep-Bergwerk in beträchtlicher Tiefe 20 Eingänge oder eine verschüttet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort eifrig aufgenommen. Nach vielen Stunden gelang es, mit einem der Eingeborenen mittels Klopfzeichen in Verbindung zu treten. Das Schicksal seiner Kameraden konnte noch nicht festgestellt werden.

Generaldirektoren . . .

Berlin, 24. Mai 1932.

Auf Grund einer Anzeige, die beim Betrugdezernat der Berliner Kriminalpolizei eingegangen ist, sind der Generaldirektor der Vereinigten Krankenversicherungs-A.-G., vormals Gedeveg, Kosmos und Selbsthilfe, Dr. Julius Apelbaum und der Bankier Heinz Borchardt, Mitinhaber einer Bankfirma in der Mittelstraße, vorläufig festgenommen und zur Vernehmung ins Polizeipräsidium gebracht worden. Die gegen sie erstattete Anzeige enthält die schwere Beschuldigung, daß sie Untreue zum Schaden der Versicherten begangen haben, und zwar sollen sich die Betrügerinnen auf mehrere Millionen Mark erstrecken.

Die letzte Schicht

Explosion in einem englischen Bergwerk

London, 24. Mai 1932.

Durch eine schwere Explosion in dem Mawstone-Bleibergwerk in Youlgreave bei Bakewell (Derbyshire) wurden am Montagabend acht Personen, darunter der Direktor des Bergwerks, getötet.

Die Explosion ereignete sich, während sechs Bergleute 75 Meter tief unter der Erdoberfläche in einem Stollen arbeiteten. Einer der Bergleute hatte sich zufällig von dem Arbeitsplatz entfernt und kam mit dem Leben davon.

Nach kurzer Zeit stiegen Rettungsmannschaften unter Führung des Bergwerksdirektors zur Unfallstelle hinab, die jedoch sofort von den Explosionsgasen betäubt wurden. Drei von ihnen konnten nur noch als Leichen geborgen werden, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf acht erhöht. Die Rettungsarbeiten mußten abgebrochen werden, da durch das Eindringen von Wasser der Stollen bald überschwemmt war.

betrifft ein altes Männchen schlüpfend mit einem Handkofferchen das Treppenhaus. Pustend und sich den Schweiß abwischend macht es Halt vor den Türen der Mieter. Nur wenige öffnen ihm auf sein zaghaftes Läuten. Oft muß er von hinter den Türen hören: „Schon wieder ein Bettler.“ Dort, wo geöffnet wird, klappt er den Deckel seines Kofferchens hoch und murmel: „Gewürz, Pfeffer, Zimmt, Nelken“. Meistens antwortet ihm ein Kopfschütteln. Nur wenige kaufen ihm mal ein Tütchen ab. Und wenn er dann abends in seiner elenden Dachkammer seinen Verdienst überrechnet, oft ist es nicht einmal eine Mark, dann weiß er wirklich nicht mehr, wieviel Treppen er dafür hat klettern müssen. Müde legt er sich dann mit den alten Knochen auf sein eisernes Bettgestell; verdammt die heutige Gesellschaftsordnung und wünscht nie mehr zu erwachen.

Ueberhaupt sind die großen grauen Mietskasernen, mit ihren ausgetretenen Stiegen, die am häufigsten betretenen Stätten, wo die hungernde Menschheit noch ihr Leben fristen will. Da ist das Arbeitsrevier der Zettelausträger, die mit unzähligen Reklamezetteln die blechern Briefkästen vollstopfen, worüber sich die erwerbslosen Hausfrauen nur provoziert fühlen, da sie ja die schönen, begehrtesten ausgepriesenen Dinge doch nicht kaufen können. Hausierer mit allen möglichen Gebrauchsartikeln bekommen ihre Antwort durch von verärgelter Hand zugeknallten Türen. Versicherungsagenten suchen mit viel Redetalent Versicherungen abzuschließen. Zeitschriften-Verlage wollen die Zeit der Erwerbslosen durch Belieferung von Courts Mahler oder ähnlichen Romanen ausfüllen helfen. Mit spießbürgerlicher Lektüre verneinen sie den Proleten vom Klassenkampf abhalten zu können. So hofft alles bei der großen Masse das zu holen, was zum Leben notwendig ist, und immer wieder müssen sie alle feststellen, daß eben die Masse, von der sie leben wollen, selbst zu wenig zum Leben hat.

Ein großer Teil von denen, die durch das kapitalistische System aus dem Produktions-

prozeß verdrängt wurden, die ohne ihr Verschulden in Not und Elend leben müssen, machen immer wieder die verzweifeltsten Anstrengungen, um ihre Existenzberechtigung zu beweisen. Sahnenbonbons, Rasierklingen, Schnürsenkel, Zahncrem usw. sind die geeigneten Massenartikel, die von vielen in den Hauptverkehrsstraßen „wild“ verhandelt werden. Für sie bedeuten die hierbei entstehenden Verdienste nur kleine Nebenverdienste. Jeder von ihnen ist schon lange erwerbslos und der ausgehungerte Körper müßte gerade jetzt zur Kräftigung der Natur mehr als je ausgesetzt sein. Doch für alle ist das Erwerbslossein ein Kampf ums Leben. Sie alle müssen mithelfen, dieses verfluchte System zu beseitigen. Dann wird es nicht mehr heißen: „Hunger in allen Gassen“.

Kleines Feuilleton

Wieder einmal:

willkürliche Geschlechtsbestimmung

Der Chefarzt der gynäkologischen Station am Königsberger Krankenhaus, Prof. Unterberger, war im Jahr 1930 mit der Entdeckung vor die Öffentlichkeit getreten, daß mit Hilfe von Spülungen mit einfachem Speisesoda mit absoluter Sicherheit männliche Nachkommenschaft erzielt werden könne. Da seit dieser Veröffentlichung nicht mehr die Rede von dieser Entdeckung gewesen ist, war dieselbe ziemlich in Vergessenheit geraten. Jetzt aber tritt Prof. Unterberger mit den Resultaten einer Versuchsreihe hervor, die das lückenlose Material einer zweijährigen Arbeit darstellen. Es handelt sich um nicht weniger als 74 Experimente, die hundertprozentig gelungen sind: 74 Knabengeburt, darunter auch von seiten von Frauen, die bis dahin ausschließlich Mädchen geboren hatten. Trotz aller Skepsis in Fachkreisen kann nicht geäußert werden, daß ein derartiges Ergebnis kaum mehr als ein zufälliges gewertet werden kann, und es ist anzunehmen, daß die Wissenschaft sich mit den Behauptungen und Erfolgen Prof. Unterbergers intensiv beschäftigen wird.

Frankfurt a. M.

Nazi-Versammlung im Hippodrom. „P.g.“ Schemm hielt im Hippodrom eine belanglose Rede: Die deutsche Kultur müsse gerettet werden. Das sei nur möglich, wenn der Marxismus und die Juden aus Deutschland herausgetrieben würden. Die Nazis stünden vor der legalen Machtergreifung. — Ueber den übrigen Inhalt seiner Rede zu berichten, lohnt sich nicht.

Schwerer Rohheitsakt. In betrunkenem Zustand stieß der Metzger Josef J., auf einem Fahrrad sitzend, mit einem Automobil zusammen. In seiner Wut über den Zusammenstoß schlug er auf den Chauffeur mit einem Bündel ein, in dem sich drei Schlachtmesser befanden. Einem Passanten brachte er eine Wunde von zehn Zentimeter Tiefe bei. Das Gericht verurteilte den Metzger zu einer Strafe von neun Monaten zwei Wochen Gefängnis.

Schlüßel im Straßenbahnwagen. In einem Straßenbahnwagen der Linie 12 verlangte der Schaffner von einem Fahrgast die Aushändigung der Netzfahrschein. Der Fahrgast weigerte sich. Es kam zum Konflikt. Der Fahrgast schlug dem Schaffner mit der Faust ins Gesicht und wurde daraufhin festgenommen.

Die Erwerbslosenküchen geschlossen. Man hat jetzt die Erwerbslosenküchen geschlossen. Die Existenz der Erwerbslosenküchen hat es dem Fürsorgeamt erleichtert, die Unterstützungskürzung durchzuführen. Nachdem sie ihre Funktion erfüllt haben, werden sie geschlossen. Charakteristisch ist, daß die Arbeit in diesen Küchen ausschließlich von Erwerbslosen geleitet wurde, die außer fünf Mark Gehalt für je zwei Monate Tätigkeit keinen Pfennig Lohn bekamen. Und dabei mußten diese Leute schwer arbeiten.

Düsseldorf

Öffentliche Freidenkerversammlung. Das Verbot der kommunistischen Freidenkerorganisation hat überall die größte Entrüstung ausgelöst. Aus diesem Grunde hat sich die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände Düsseldorf veranlaßt gesehen, Freitag, 27. Mai, im Kaisersaal der Tonhalle eine öffentliche Versammlung als Protest gegen dieses Verbot stattfinden zu lassen. In dem Referat, das der bekannte Freidenker Genosse Schulte, Köln, übernommen hat, soll neben dem Verbot auch besonders die Stellung der Freidenker im heutigen Staat beleuchtet werden. Es ist zu wünschen, daß sich unsere Genossen vollzählig an dieser Veranstaltung beteiligen.

Gelsenkirchen

Die letzte Mitgliederversammlung der SAP, Gruppe Gelsenkirchen, die sich in der Hauptsache mit örtlichen organisatorischen Fragen beschäftigte, nahm auch Stellung zu der inzwischen wieder eingestellten „Generallinie“ und war der Meinung, daß von seiten der Parteinstanzen wohl alles vermieden werden müsse, was auch nur den Anschein erwecken könnte, daß eine bestimmte Meinung unterdrückt werden solle. Andererseits war aber die Versammlung der Auffassung, daß in der SAZ Raum für alle Meinungen sei und daß zuerst die bereits bestehenden Organe „SAZ“ und „Kampfsignal“ auszubauen seien. Weiter nahm die Versammlung Stellung zu dem Verbot der kommunistischen Freidenkerverbände und nahm folgende Entschlußfassung an: „Die Versammlung der Ortsgruppe Buer der SAP erhebt gegen die Notverordnung, die die kommunistische Freidenkerbewegung unterdrückt, nachdrücklich Protest. Diese Unterdrückung einer bestimmten Meinung ist nicht nur geeignet, fortschrittliche Gedanken, sondern auch die gesamte freigeistige Wissenschaft zu hemmen. Wir fordern alle freidenkerischen Organisationen auf, sich gegen diese Forderung zu wehren und die Aufhebung zu fordern, sonst muß befürchtet werden, daß auch die übrigen Freidenkerorganisationen dem gleichen Schicksal verfallen.“

Dortmund

Aristokratisches Betrügereipaar. Vor der Großen Strafkammer begann Montag die Hauptverhandlung gegen den Kaufmann Paulus Freiherr von Schellersheim, dessen Ehefrau und den Kaufmann Arthur Kaltz wegen Betruges. Zu der Verhandlung, die bis Mitte Juni dauern soll, stehen mehr als 50 Betrugsfälle, von denen allein 40 den Eheleuten von Schellersheim gemeinsam zur Last gelegt werden und die zusammen rund 100 000 Mark ausmachen. Die Angeklagten leugnen jede Betrugsabsicht, bestreiten aber nicht, daß ihre Schulden sich auf weit über 100 000 Mark belaufen. Der Angeklagte von Schellersheim gehört dem verarmten Zweig einer wohlhabenden Adelsfamilie an, die im Besitze eines Majorats ist. Er lernte in früher Jugend Kaufmann, war später als Reisender tätig und begann nach Beendigung des Krieges einen wilden Handel mit Brillanten, Perlen und Kunstgegenständen. 1924 gelangte er durch geschickte Spekulationen in den Besitz eines Vermögens von über 100 000 Mark und 1000 englischen Pfund, das er jedoch im Laufe eines Jahres wieder verlor, so daß er den Offenbarungseid leisten mußte. Trotzdem lebte er weiterhin auf großem Fuße und kaufte u. a. seiner Frau für 12 000 Mark Pelze, die jedoch unbezahlt blieben. Beim Duisburger Leihamt erhielt er 1924 für versetzte Brillanten 60 000 Mark und aus den Pfandscheinen erzielte er einen weiteren Erlös von 35 000 Mark. Von Schellersheim bewohnte in mehreren Großstädten die teuersten Hotels und pachtete sich sogar eine Jagd, obwohl er nicht einmal die Zinsen für die Pfänder im Leihhaus aufzubringen vermochte. Der Angeklagte gibt an, daß er einen gewissen Aufwand habe treiben müssen, weil er seine Geschäfte nur in den ersten Gesellschaftskreisen gemacht habe. Frau von Schellersheim behauptet, völlig schuldlös zu sein und nur einer Intrige zum Opfer gefallen

Sie lewet noch — die Eiserne Front

Düsseldorf, 24. Mai 1932.

Sollten ja Zweifel darüber bestanden haben, daß die Eiserne Front nichts anderes war als eine von der SPD aufgelegte Wahlpropagandatruppe, so sind diese Zweifel nach den Wahlen reaktlos beseitigt worden. Denn nach dem 24. April ist es still geworden im Lager der Eisernen, obwohl das Gegenstand des Faschismus noch nie drohender vor der Arbeiterschaft gestanden hat.

Wäre es so, wie ihre Führer behaupten, daß durch das Verbot der SA und SS und auch durch die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident die Gefahr des Faschismus beseitigt worden wäre, so wäre das Still-schweigen der Eisernen Front gerechtfertigt. Wie aber sehen die Dinge in Wirklichkeit aus?

Kaum ist die Auflösung der SA und SS vollzogen worden — und es ist ja kein Geheimnis, mit welcher Zartheit dabei vorgegangen wurde — geht man dazu über und macht denselben Laden unter einem anderen Namen wieder auf, und es besteht kein Zweifel, daß man sie diesmal unbehelligt lassen wird. Der Mann, der verantwortlich für das Verbot der SA zeichnete, wird durch einen kleinen Staatsstreich der Generale zum Rücktritt gezwungen, von Offizieren, die dafür bekannt sind, in enger Verbindung mit der SA und SS zu stehen. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß dieselben Leute auch Brüning zum Teufel jagen und eine offene Militärdiktatur aufrichten werden. Im Reichstag spielen die Faschisten schon den Herrn, verprügeln einen sozialdemokratischen Journalisten und lassen den Reichstag aufliegen. Neuer Lohnraub, neue Notverordnungen, weiteres Elend und wachsende Verzweiflung sind die Gefahren die der Arbeiterschaft in aller nächster Zeit drohen.

Aber das alles kann die Führer nicht dazu bewegen, die Eiserne Front zum Kampf gegen diese Schläge der Reaktion aufzurufen. Für sie ist nun einmal der Faschismus mit Hin-

denburg vernichtend geschlagen worden und allen in schönster Ordnung. Man kann sich nun anderen Aufgaben zuwenden.

Und welche Aufgaben sind das?

Die Parolen: „Die Eiserne Front marschiert!“ und „Wir greifen an!“ hat man nicht mehr nötig. Dafür aber gibt man eine neue Parole heraus: „Die Eiserne Front ruft!“ In der Düsseldorfer „Volkszeitung“, dem SPD-Organ, steht folgender Aufruf:

Die Eiserne Front ruft!
Alle Gewerkschaftler, Arbeitersportler und Parteimitglieder der SPD, die am Sonntag, den 22. Mai sich freimachen können, auf zur Beteiligung an der Einweihung von 2 Segelflugzeugen des Sturmvogels.

Der Aktionsausschuß der Eisernen Front.

Kurz nach den Preußenwahlen stand in derselben Presse anlässlich einer Funktionärsitzung: „Nach dem Kampf — was nun?“ Sie haben also eine Antwort auf ihre Frage „Nach dem Kampf — was nun?“ gefunden. Wenn die Führer durch solche Aktionen versuchen, die Eiserne Front künstlich am Leben zu erhalten, so kann man das nur als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnen. Heute, wo die Arbeiterklasse ihre ganzen Kräfte gegen den Faschismus und Kapitalismus zusammenfassen müßte, geht die Führerschaft der Eisernen Front dazu über und verzettelt diese Kräfte in Aktionen, die einem Schützenfest verzwweifelt ähnlich sehen.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, seht endlich ein, daß eure Führer gar nicht daran denken, ernsthaft den Kampf gegen die Gefahren, die der Arbeiterschaft drohen, zu führen. Ihr müßt erkennen, daß ihr in einer falschen Front steht. Noch ist es nicht zu spät, den vernichtenden Schlag des Faschismus abzuwehren. Wenn nicht in letzter Stunde eine gemeinsame Arbeiterfront gegen den Faschismus gebildet wird, wird es bald ein böses Erwachen geben!

den hier eine selbständige Ortsgruppe geschaffen werden kann. Für den 11. Juni wurde eine Mitgliederversammlung mit Gütern festgelegt, in der unter Teilnahme Stralsunder Genossen weitere Aufklärungsarbeit geleistet werden soll. Es wird Genosse Boy, Stralsund, über das Thema: „Die Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei für die Arbeiterklasse“ sprechen. Wir hoffen, daß diese Versammlung zur Gründung der neuen Ortsgruppe führen wird. Hoffen wir, daß es gelingt, im Laufe der Sommerzeit noch weitere Stützpunkte zu schaffen, damit die SAP auch in Vorpommern für die kommenden Kämpfe eine gute organisatorische Grundlage hat. Erfüllen wir die Aufgaben, die die letzte Unterbezirkskonferenz in Anklam als notwendig erkannt hat. Alle Genossen müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um unsere junge sozialistisch-revolutionäre Partei zu einem ausschlaggebenden Faktor der Arbeiterklasse zu machen.

Delitzsch
Klassenjustiz gegen Erwerbslose. Vor dem Halleschen Schöffengericht fand ein Monstreprozeß gegen 20 Delitzscher Wohlfahrts-erwerbslose unter Hinzuziehung von 34 Zeugen statt. Die Wohlfahrts-erwerbslosen hatten sich im Februar geweigert, die gekürzten Unterstützungssätze anzunehmen. Dabei hatte Krichew-Kulicke, der Nazipostenjäger, die Erwerbslosen provoziert und eine Abreibung erhalten. Deshalb wurden nun 6 Arbeiter zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt: Schäfer 9 Monate, Neubauer 8 Monate, Kurka 8 Monate, Lange 6 Monate und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt Pohle 1 Monat Gefängnis und Dorn 30 M. Geldstrafe. — Ausführlicher Bericht über den Verlauf des Prozesses in der nächsten Nummer des mitteldeutschen „Kampfsignal“.

Zeit
Der „linke“ Volksbote schwingt sich in seiner letzten Nummer in großen Schlagzeilen, durch Abdruck der Entschlußung der II. A-1, zum Verteidiger der Sowjet-Union auf. Welche Ueberwindung muß ihn das gekostet haben, die Parteimater zum Abdruck zu bringen! Es verging vordem noch kein Tag, wo nicht in oftmals seitenlangen Artikeln das Sowjet-„Paradies“ nach Strich und Faden heruntergeputzt wurde. Wie hat man doch die technischen Errungenschaften und Neuerungen, die im Fünfjahresplan enthalten sind, als Fata Morgana bezeichnet und seinen lieben Lesern das Elend in der Sowjet-„Hölle“ in wahrhaft gruseligem Berichten von „Augenzeugen“ geschildert. Dann war man gezwungen, im „Bild der Woche“ das Dnjeprstroy-Kraftwerk zu zeigen. Ihr lieben Redakteure, kommt euch da nicht selbst das Kotzen an vor eurem schwindelhaften Schrieb? Wenn sich der Volksbote jetzt mit lautmäandrigem Worten „schützend“ vor die Sowjetunion stellt, so wird der denkende Arbeiter nach all dem Erlebten sich sagen: Die Worte hör' ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube. — Eine Kritik am Reichsetat bringt der Volksbote in nur kurzen Zeilen, versteckt auf der letzten Seite. Kein Aufschrei gegen den neuen geplanten Unterstützungsraub, gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung, gegen die weitere Verelendung und Aushungerung der Massen. Kein Wort zum Wehretat, der in seiner alten Höhe bleibt. Panzerkreuzer C ist ja auch notwendig, notwendig zur Erstarbung des nationalen Volksbewußtseins. Merkt euch, ihr

Hamborn
Freidenkerversammlung. Der Gausekretär Jacobi, Köln, referierte über das Verbot der kommunistischen Freidenkerorganisation und die Stellung des DFV dazu. Der eigentliche Zweck der Einberufung war jedoch der Sturz des der SAP angehörenden 1. Vorsitzenden, des Genossen Völker. Mit den schmutzigsten Mitteln wurde gegen ihn gearbeitet. So wurde behauptet, er habe sich kirchlich trauen lassen, laufe dauernd in die Kirche und schicke seinen Jungen nicht in die weltliche Schule. Genosse Völker unterlag durch diese Lügenmethoden gegen 7 Stimmen. Freidenker genossen, Augen auf! Verhindert, daß der DFV durch die SPD auf ein so niedriges Niveau heruntergewirtschaftet wird!

Stralsund
Die Erholungsfürsorge des Wohlfahrtsamtes ist auch für diesen Sommer wieder eingerichtet worden, so daß ab 23. Mai wieder alle sechs Wochen je 70 erholungsbedürftige Kinder in dem Heim der Beckerschen Wiese untergebracht werden können. Diese Einrichtung hat sich bereits seit Jahren bewährt.

Ahlbeck
Die Mutter am Abendbrotisch erschossen. Hier ereignete sich ein schweres Unglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der bei dem Landwirt Grotz beschäftigte 16 Jahre alte Arbeiter Grapp beabsichtigte, noch abends die Feldmark seines Arbeitgebers aufzusuchen und einen Tesching mitzunehmen. Beim Verlassen der Wohnung legte Grapp auf die Frau Grotz, die mit ihren Kindern beim Abendbrot saß, an. Der dazukommende Arbeiter Schulz schrie Grapp an: „Nicht schießen, die Büchse ist geladen.“ Aber schon krachte der Schuß. Die Frau sank, schwer getroffen, nieder und starb bald darauf.

Alt-Zarrendorf
Ein neuer Stützpunkt für die SAP konnte hier geschaffen werden. Durch die unermüdete Vorarbeit des Genossen Kloock, Stralsund, wurde der Versuch unternommen, das hiesige Wahlergebnis organisatorisch auszuwerten. Für die SAP wurden in der Preußenwahl 20 Stimmen abgegeben. Die Stralsunder Gruppe hat es übernommen, den Landkreis Grimmen organisatorisch zu bearbeiten, um möglichst schnell Stützpunkte und neue Ortsgruppen der Partei zu schaffen. Einige uns bekanntgewordene Wähler wurden darum am letzten Sonntag zu einer Vorbesprechung eingeladen. Die Genossen Kloock und Boy, Stralsund, waren erschienen und besprachen die Möglichkeiten einer organisatorischen Erfassung der Wähler. Nach gründlicher Aussprache erklärten die fünf anwesenden Genossen ihren Eintritt in die Partei. Damit haben wir einen neuen Stützpunkt für die Bewegung auf dem flachen Lande geschaffen. Es wurde weiter vereinbart, daß diese neugewonnenen Mitglieder vorläufig in die Stralsunder Gruppe eingegliedert werden, bis die weiteren Vorarbeiten soweit gediehen sind,

denburg vernichtend geschlagen worden und allen in schönster Ordnung. Man kann sich nun anderen Aufgaben zuwenden.

Und welche Aufgaben sind das?

Die Parolen: „Die Eiserne Front marschiert!“ und „Wir greifen an!“ hat man nicht mehr nötig. Dafür aber gibt man eine neue Parole heraus: „Die Eiserne Front ruft!“ In der Düsseldorfer „Volkszeitung“, dem SPD-Organ, steht folgender Aufruf:

Die Eiserne Front ruft!
Alle Gewerkschaftler, Arbeitersportler und Parteimitglieder der SPD, die am Sonntag, den 22. Mai sich freimachen können, auf zur Beteiligung an der Einweihung von 2 Segelflugzeugen des Sturmvogels.

Der Aktionsausschuß der Eisernen Front.

Kurz nach den Preußenwahlen stand in derselben Presse anlässlich einer Funktionärsitzung: „Nach dem Kampf — was nun?“ Sie haben also eine Antwort auf ihre Frage „Nach dem Kampf — was nun?“ gefunden. Wenn die Führer durch solche Aktionen versuchen, die Eiserne Front künstlich am Leben zu erhalten, so kann man das nur als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnen. Heute, wo die Arbeiterklasse ihre ganzen Kräfte gegen den Faschismus und Kapitalismus zusammenfassen müßte, geht die Führerschaft der Eisernen Front dazu über und verzettelt diese Kräfte in Aktionen, die einem Schützenfest verzwweifelt ähnlich sehen.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, seht endlich ein, daß eure Führer gar nicht daran denken, ernsthaft den Kampf gegen die Gefahren, die der Arbeiterschaft drohen, zu führen. Ihr müßt erkennen, daß ihr in einer falschen Front steht. Noch ist es nicht zu spät, den vernichtenden Schlag des Faschismus abzuwehren. Wenn nicht in letzter Stunde eine gemeinsame Arbeiterfront gegen den Faschismus gebildet wird, wird es bald ein böses Erwachen geben!

daß hier eine selbständige Ortsgruppe geschaffen werden kann. Für den 11. Juni wurde eine Mitgliederversammlung mit Gütern festgelegt, in der unter Teilnahme Stralsunder Genossen weitere Aufklärungsarbeit geleistet werden soll. Es wird Genosse Boy, Stralsund, über das Thema: „Die Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei für die Arbeiterklasse“ sprechen. Wir hoffen, daß diese Versammlung zur Gründung der neuen Ortsgruppe führen wird. Hoffen wir, daß es gelingt, im Laufe der Sommerzeit noch weitere Stützpunkte zu schaffen, damit die SAP auch in Vorpommern für die kommenden Kämpfe eine gute organisatorische Grundlage hat. Erfüllen wir die Aufgaben, die die letzte Unterbezirkskonferenz in Anklam als notwendig erkannt hat. Alle Genossen müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um unsere junge sozialistisch-revolutionäre Partei zu einem ausschlaggebenden Faktor der Arbeiterklasse zu machen.

Delitzsch

Klassenjustiz gegen Erwerbslose. Vor dem Halleschen Schöffengericht fand ein Monstreprozeß gegen 20 Delitzscher Wohlfahrts-erwerbslose unter Hinzuziehung von 34 Zeugen statt. Die Wohlfahrts-erwerbslosen hatten sich im Februar geweigert, die gekürzten Unterstützungssätze anzunehmen. Dabei hatte Krichew-Kulicke, der Nazipostenjäger, die Erwerbslosen provoziert und eine Abreibung erhalten. Deshalb wurden nun 6 Arbeiter zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt: Schäfer 9 Monate, Neubauer 8 Monate, Kurka 8 Monate, Lange 6 Monate und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt Pohle 1 Monat Gefängnis und Dorn 30 M. Geldstrafe. — Ausführlicher Bericht über den Verlauf des Prozesses in der nächsten Nummer des mitteldeutschen „Kampfsignal“.

Zeit

Der „linke“ Volksbote schwingt sich in seiner letzten Nummer in großen Schlagzeilen, durch Abdruck der Entschlußung der II. A-1, zum Verteidiger der Sowjet-Union auf. Welche Ueberwindung muß ihn das gekostet haben, die Parteimater zum Abdruck zu bringen! Es verging vordem noch kein Tag, wo nicht in oftmals seitenlangen Artikeln das Sowjet-„Paradies“ nach Strich und Faden heruntergeputzt wurde. Wie hat man doch die technischen Errungenschaften und Neuerungen, die im Fünfjahresplan enthalten sind, als Fata Morgana bezeichnet und seinen lieben Lesern das Elend in der Sowjet-„Hölle“ in wahrhaft gruseligem Berichten von „Augenzeugen“ geschildert. Dann war man gezwungen, im „Bild der Woche“ das Dnjeprstroy-Kraftwerk zu zeigen. Ihr lieben Redakteure, kommt euch da nicht selbst das Kotzen an vor eurem schwindelhaften Schrieb? Wenn sich der Volksbote jetzt mit lautmäandrigem Worten „schützend“ vor die Sowjetunion stellt, so wird der denkende Arbeiter nach all dem Erlebten sich sagen: Die Worte hör' ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube. — Eine Kritik am Reichsetat bringt der Volksbote in nur kurzen Zeilen, versteckt auf der letzten Seite. Kein Aufschrei gegen den neuen geplanten Unterstützungsraub, gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung, gegen die weitere Verelendung und Aushungerung der Massen. Kein Wort zum Wehretat, der in seiner alten Höhe bleibt. Panzerkreuzer C ist ja auch notwendig, notwendig zur Erstarbung des nationalen Volksbewußtseins. Merkt euch, ihr

„linken“ SPD-Genossen und Parteiführer, solange ihr gegen den jetzt bestehenden Ausbeuterstaat und seine Regierung nicht in dem scharfsten Kampf tretet, mit allen Mitteln, die euch zur Verfügung stehen, solange ihr weiter toleriert, solange werden wir auch eure radikalen Phrasen nicht ernst nehmen.

Das Zeitlager der hiesigen SJV-Ortsgruppe am Agner See ist nunmehr beendet. Die Beteiligung belief sich an den Feiertagen über 60 Mitglieder. Die Jugendgenossen werden sich nunmehr mit neuen Kräften der politischen Arbeit widmen.

Stützerbach

Der Staat als Ausbeuter. Wie weit wir es in der „sozialen“ deutschen Republik gebracht haben, erhellt die Tatsache, daß der Forstfiskus es mit dem übelsten kapitalistischen Ausbeuter in puncto Profitgier und Gewinn-sucht auf Kosten des verelendeten Proletariats aufnehmen kann. Es ist in Frick-Thüringen nicht besser als in Braun-Preußen bestellt. Im Thüringischen werden sogenannte „Kulturarbeiten“ vorgenommen, d. h., kleine Fichtenpflänzchen werden im Waldboden eingesetzt. Das war bisher Frauenarbeit für etwa 45 Pfennige die Stunde, nicht überwältigend viel, aber immerhin: es war ein zusätzliches Einkommen für die meist mit zahlreichen Kindern „gesegnete“ Arbeiterfamilien, deren Ernährer in irgendeinem Industriebetrieb für einen bescheidenen Lohn schufteten mußte. Jetzt im Zeichen der Arbeitslosigkeit ist dieser Lohnsatz für „Kulturarbeiterinnen“ auf 28 Reichspfennige pro Stunde, also um 40 Prozent, gesenkt worden. Und für diesen skandalös niedrigen Lohn arbeiten nicht nur Frauen, sondern auch erwachsene Männer, Familienväter im Alter von 30 bis 40 Jahren, acht bis zehn Stunden am Tage. Da an Regentagen nicht gearbeitet wird, kann man ungefähr ermessen, mit welchem Hundelohn so ein Waldarbeiter auskommen muß. Und die Arbeit ist keineswegs leicht, da sie ständig in gebückter Haltung verrichtet werden muß. Von dem bißchen Lohn werden auch noch die Sozialversicherungsbeiträge in Abzug gebracht, so daß kaum mehr als 10 bis 12 RM. wöchentlich zur Auszahlung gelangen. Wenn das keine Ausbeutung ist, dann ist diese Bezeichnung gänzlich zu Unrecht für die Privatwirtschaft in Anwendung gebracht worden, und man muß die Herren Kapitalisten noch nachträglich um Verzeihung bitten. — Nicht viel besser sieht es im Preußischen aus. Dort werden augenblicklich die im Walde gefällten Baumstämme geschält. Für Holzschälern wird der „fürstliche“ Akkordlohn von 1,25 RM pro Meter bezahlt. Ein routinierter Waldarbeiter kann vielleicht bei zehnstündiger Arbeitszeit zwei Meter am Tage schälen, das wäre ein Wochenlohn von 15 RM, also weit unter dem in der Industrie gezahlten Wochenlohn von etwa 30 bis 40 RM bei nur achtstündiger Arbeitszeit. In Wirklichkeit kann ein unterernährter Erwerbsloser nicht viel mehr als einen Meter pro Tag schälen, so daß er Glück haben muß, wenn er am Wochenende 10 RM mit nach Hause nimmt. Während aber im Thüringischen immerhin die Wohlfahrtsunterstützung wenigstens teilweise zur Auszahlung gelangt, wird den preußischen Erwerbslosen die Unterstützung kurzerhand gestrichen, die anstrengende Tätigkeit im Walde bringt also weniger ein als das Stempeln. Und dabei ist der Verschleiß an Kleidung und Schuhen noch gar nicht mitgerechnet. Mitgerechnet ist auch nicht der weite Anmarschweg bis zur Arbeitsstätte und zurück. Das gilt für beide Länder, für Frick-Preußen und Braun-Thüringen.

Kleine Sportnachrichten

Sport in Hessen-Mittelrhein

Fußball
In den Aufstiegsspielen zur Kreisliga (Abt. II u. III) ließ sich der Favorit Frankfurt-Niederrad in Mainz-Bretzenheim überraschenderweise mit 0:2 schlagen.

Privatspiele: In einem hochstehenden Kampfe botte sich VfL 13-Frankfurt aus Mörfelden ein verdientes 1:1-Ergebnis. — Ebenfalls unentschieden (2:2) spielte die Fr. Nord. Frankfurt, am Samstag gegen VfB. Oberrod. — Die gegenwärtig in Hochform sich befindliche Elf von Frankfurt-Rödelheim schlug am Samstagabend den VfB. Heddenheim klar 5:0, und am Sonntag wurde der Gruppenmeister Frankfurt-Bockenheim mit 2:1 besiegt. — Vor 2000 Zuschauern gab der Kreismeister Nauheim in Krodorf mit 5:2 Wiesack das Nachsehen.

Weitere Ergebnisse: Fraunheim-ASV. Homburg 6:3; Westend-Frankfurt-Fichte-Frankfurt 3:1; Jask-Frankfurt geg. Fr. Offenbach 2:2; Sprendlingen-Niederrod 4:1; Nixhausen-Bürgel 3:1; FTG. Pfungstadt-AFV. Pfungstadt 2:3; Arheilgen-Hausenstamm 4:3; Höchst i. O.—Erbach 1:0; Hainhausen-Oberrod 4:3; Hausen b. O.—Mühlheim 3:2; Oberrosbach-Altstadt 7:0; Langendiebach-Bruchköbel 4:1; Nieder-Dorfelden-Gr.-Karben 3:3; Wetzlar-Oberrod 4:2; Heuchelheim-Walldorf 2:3; Gießen-Allendorf 6:2.

Handball
Ein großangelegter Handball-Werbetag in Sulzbach a. T. brachte u. a. folgende Resultate: Höchst a. M.—Sossenheim 3:5; Frankfurt Bockenheim—VfL 13-Frankfurt 7:5; Eppstein-Höchst 6:9; Sindlingen-Griesheim a. M. 9:1; Sindlingen-Soden a. T. 9:4; Sulzbach-Griesheim 3:3.

Weitere Ergebnisse: Westend-Frankfurt-Fichte-Frankfurt 9:8; Dreieichenhain-Frankfurt-Sachsenhausen 6:8; Griesheim b. D.—Weißheim 18:5; Oberrod-Mühlheim 9:3; Erzhäuser-Gr.-Bieberau 5:9; Fr. Offenbach-Hachheim 5:3; Oberrod-Sprendlingen 3:2; Fechenheim-Dietenheim 7:7.

Leichtathletik
Ein Sportfest des ASV. Westend-Frankfurt a. M. ergab nur mäßige Leistungen. Hervorzuheben wäre der Sieg von H. Dähl (Riederwald) im Dreikampf mit 215 Punkten sowie ein Hochsprung von 1,65 m des „Tennispielers“ Baumann.

Gute Wurfleistungen gab es in Pfungstadt: Speer: Schmidt 35,55 und K. Großmann 38,47; Diskus W. Hassen-zahl 29,30 m.

Die Fr. Nord-Frankfurt hatte einen schönen Erfolg mit ihrem „Tag des Kindes“, ebenso verlief der Werbetag in Gießen-Heuchelheim äußerst günstig. — B.—

Organisationsnachrichten

SJV Düsseldorf-Rath: Samstag, 28. Mai, 20 Uhr, Treffpunkt Zentrale, zur Nachttour zum Dhütel. Rucksackver-pflegung. Badeanzug mitbringen.

SAP Osterveien Düsseldorf: Bildungskursus Montag, 30. Mai, 20 Uhr, bei Katzenstein, Antoniusstraße 15: „Das Rätesystem“. Gen. Reichelbach.

SAP Unterbezirk Dortmund: Samstag, 28. Mai, 19.30 Uhr, im Lokal Franz, Nord- und Heiliggeistensstraße-Ecke, Vollversammlung. Es sprechen die Genossen Doeker und Rohkamp über Organisation, Zweck und Ziel des Schutzbundes. Sämtliche Ortsgruppen zur Stelle.

Tribüne der proletarischen Einheitsfront

Was wird werden? Mahnung in ernster Stunde

Von G. Marrek

Die Lage der imperialistischen Großmächte wird von Tag zu Tag bedrohlicher. Niemand weiß einen Ausweg. Niemand weiß, wann sich das schon lange drohende Gewitter entladen wird. Den Staatsmännern der herrschenden Klassen graut im geheimen. Aber sie bemühen sich krampfhaft, die Nerven zu behalten. Was sollte auch werden, wenn sie, die Führer, eines Tages erklären wollten: Wir sind am Ende?

Sturmzeichen genug! In dem einst reichen Amerika Angst und Verwirrung, Zusammenbrüche von Banken und großen Konzernen. Selbst über Morgan, den Fels im Meere, munkt man allerlei. Zusammenbrüche selbst in Frankreich, trotz des aufgetürmten Goldes. Frankreich hat Unsummen in anderen Ländern stehen. Der französische Sparer hamstert und rückt sein Ersparnis nicht heraus. Der Tag wird kommen, wo es wertlos wird. In England eine leichte Besserung. Wie lange wird sie dauern? Was wird aus Irland? Was aus Indien? Wo ist die stolze Sicherheit Albions?

Der Welthandel schrumpft schneller und schneller zusammen. Die Erzeugnisse stauen sich. Die Preise sind nicht zu halten. Man zerstampft, man verbrennt, was nicht verkäuflich ist. Nichts hilft. Das Heer der Arbeitslosen mag in der guten Jahreszeit ein wenig abnehmen. Aber das kann niemand täuschen. Es wird bald wieder wachsen.

Da sind zwei gefährliche Wetterwinkel: Deutschland — Ostasien. Deutschland, China, Japan, zusammen 600 Millionen Menschen in schwerer Not, fast ein Drittel der Menschheit! Von Polen, Italien, Spanien, dem Balkan, Süd-Amerika gar nicht zu reden.

Aber Deutschland! Kindlich-gläubiges Volk, das als letzte Rettung das „Dritte Reich“ von Hitlers Gnaden ersieht! Zuerst werden die Städte zusammenbrechen, weil es einfach unmöglich ist, die ihnen aufgebürdete Last zu tragen. Einige erhalten bereits vom Reiche Zuschüsse, das sind aber nur kleine Gemeinden. Die großen zu stützen, wenn ihre schwere Stunde kommt, dazu ist weder das Reich noch eins der Länder imstande. Die Gemeinden stehen unmittelbar vor dem Bankrott, wissen nicht, wie sie die ungeheuren Fehlbeträge decken sollen. Ob Berlin oder eine andere Stadt, z. B. Essen, den Anfang machen wird, ist gleichgültig. Sobald die erste große Stadt verkracht, folgt die andere. Dann können sie also die Unterstützungen beim besten Willen nicht mehr zahlen. Wovon sollen die Arbeitslosen, die von der Wohlfahrt Lebenden erhalten werden? Vielleicht kommen wir noch mit knapper Not über ein paar Sommermonate hinweg. Aber selbst das ist fraglich. Dem Bankrott der Gemeinden folgt der Sturm auf die Sparkassen. Was aus den Gehältern der städtischen Beamten und Angestellten, aus den Löhnen der städtischen Arbeiter wird, kann man sich ungefähr denken.

Das Nächste ist der Zusammenbruch der Währung. Ein Wunder, daß sie überhaupt noch bis jetzt standgehalten hat. Denn die Deckung der Noten ist schon lange

ganz unzulänglich und wird dauernd schlechter. Trotz aller Strafdrohungen haben weiter große Verschiebungen ins Ausland stattgefunden, wie erst kürzlich wieder entdeckt wurde. Der Reichstag hat zugleich über Schuldvergütung und über Aufnahme einer neuen großen Anleihe beraten, die aber voraussichtlich scheitern wird. Neue Steuern wagt man kaum zu beschließen. Alle Versuche, die totwunde kapitalistische Wirtschaft „kurzeln“, sind verlorene Liebesmüh. Das sieht man auch allseits ein und setzt seine einzige Hoffnung auf einen neuen Krieg, ohne zu bedenken, daß dieser ein Riesenbrand werden würde.

Der Zusammenbruch der deutschen Währung ist der Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft, Stilllegung der Betriebe, Chaos.

So sieht die Zukunft aus, die nächste Zukunft!

Gibt es eine Rettung? Ja, es gibt eine, eine einzige: Wenn in aller kürzester Zeit eine Einigung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei zustande kommt, so kann dies die Rettung in letzter Stunde bedeuten.

Sie würde den größten Teil der Arbeiterschaft an sich ziehen. Millionen, die sich aus Hoffnungslosigkeit den Faschisten angeschlossen haben, würden wieder mit Begeisterung den roten Fahnen des geeinigten Proletariats zuströmen. Noch einmal würde wie 1918 die Stunde eines neuen Novembers schlagen. Würde auch sie versäumt, so wäre für lange Zeit die Reaktion siegreich.

An die Stelle der SPD und KPD muß

die Vereinigte Arbeiter-Partei Deutschlands treten in einer Stärke und mit einer Macht, der nichts widerstehen könnte. Wie einst in Rom die herrschenden Stände sich fügen mußten, als das Proletariat auf den Heiligen Berg zog, so werden sich auch die herrschenden Klassen in Deutschland fügen müssen. Denn was wollen sie anfangen ohne die Schaffenden?

Dann wird die Arbeiterschaft den sozialistischen Staat aufbauen. Wird sie sich zu dieser einzigen Rettung aufraffen? Diese kann nicht von oben kommen. Denn sonst hätte sie längst kommen müssen. Wie lange will die Arbeiterschaft darauf noch warten? Kostbare Zeit, vielleicht alles, geht verloren. Die Rettung kann einzig und allein von unten, aus den Betrieben kommen. Den Führern muß die Einigung diktiert werden. Erbarmungslos müssen alle von ihnen, die sich weigern, sich mit den anderen an einem Beratungstisch zu setzen, zum Teufel gejagt werden. Und — he denen, die es wagen sollten, die Einigung zu sabotieren! Die Arbeiterschaft müßte den Führern eine Frist stellen, in der ein Arbeiterblock geschaffen sein muß. Die Vertreter der Parteien müßten in den größten Sälen tagen unter den Augen von Tausenden, und sie werden sich spaten ohne Geschwätz und ohne Gezänk. Denn die Not sitzt uns im Nacken. Zu viel Zeit ist verquatscht worden. Jetzt heißt es handeln! Noch ist es Zeit, aber bald kann es zu spät sein. Will man warten, bis Arbeiterblut in Strömen fließt?

Der Kapitalismus hofft auf Krieg als letzten Ausweg. Er hetzt Japan gegen Rußland, um dem verhassten Bolschewismus ein Ende zu machen. Drohend hat sich das Gewitter im Osten zusammengedreht und kann jeden Tag losbrechen. Arbeiter, ihr wollt Rußland schützen? Dann macht ein Ende mit dem Bruderkampf, erigt euch! Es geht um euer Leben und um die Zukunft!

dieser Transaktion aus der Anklage leitete über zu der Erörterung der

Autopsien des Angeklagten

Cremer. Auf Veranlassung des Vorsitzenden wurde zunächst festgestellt, daß der Angeklagte ein jährliches

festes Einkommen von rund 22 000 Mark

aus Mitteln der verschiedensten Organisationen erhielt, und zwar bei der Hilfskasse ein Gehalt von 12 000 Mark neben seiner Pension von 4500 Mark jährlich. Der Buchhalter ständige Grade erläuterte die Konten und stellte fest, daß nach einem Beschluß des Evangelischen Versicherungszentrums Pastor Cremer ab April 1929 jährlich

12 000 Mark für Autopsien

zugesichert waren. Wie aus den Buchungen hervorging, sei dieser Betrag aber überschritten worden. Im Jahre 1929 seien 15 000 Mark ausgegeben worden, im Jahre 1930 16 400 und in den ersten sechs Monaten des Jahres 1931 7400 Mark.

Neuer „Kämpfer“ für die KPD

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Das bisherige Mitglied der SAP Albert Wolf ist zur KPD übergetreten. Dieser Anlaß bringt die „Hamburger Volkszeitung“ und die KPD-Presse wieder einmal aus dem Häuschen. Einer fetten Überschrift, die diese Tatsache ihren Lesern mitteilt, folgt eine febrilitätsartige Erklärung des Genaraten. Sie entfällt natürlich nicht seiner eigenen Feder, sondern gehört zu den üblichen Produkten dieser Art. Trotzdem kann man von ihr sagen, sie ist so vorlogisch, als wenn sie von Albert Wolf selber stammte.

Albert Wolf lügt zunächst seinen neuen Parteigenossen vor, daß er dem Hamburger SAP-Vorstand angehört habe. Er ist jedoch niemals Vorstandsmitglied gewesen, sondern war mit dem Vertriebe unserer Pressezeugnisse betraut. Auf diesem Posten hat er die in ihn gesetzte Vertrauen schmachlich mißbraucht. Eine Revision seines geschäftsgeheuren beantwortete er noch vor Beendigung durch seinen Austritt aus der SAP! Er sah selber ein, daß sein sehr unanständiger Rausschmeiß bevorstand. Das Ende der Affäre dürfte für Wolf ein recht unangenehmes Nachspiel sein, auf das wir noch zurückkommen werden. Ob die KPD dann noch über den Zuwachs frohlocken wird, möchten wir bezweifeln.

Auch die geschwollenen Phrasen der Wolf'schen Erklärung können darüber nicht hinwegtäuschen. Ausgerechnet Albert Wolf bezeichnet die SAP als Sammelbecken des konterrevolutionären, sowjetfeindlichen Elements. Derselbe Wolf, der der SAP gegenüber seinen Austritt begründete mit der Angabe, daß er sich politisch neutralisieren müsse, weil er sein Geschäft in den Dienst einer Organisation gestellt habe, der außer Bürgerlichen auch Kommunisten und Nazis angehören! Ausgerechnet ein solcher Knecht maß sich an, die SAP als die linke Fraktion des Sozialfaschismus zu bezeichnen. Sie sind einander würdig: Albert Wolf und diejenigen, die jetzt seinen Uebertritt feiern.

Die Verschuldung der polnischen Städte

hat ungeheuren Umfang angenommen. Es haben bereits 160 Stadtverwaltungen den finanziellen Ruin zugestanden. Die Verschuldung soll weit über 1 Milliarde Zloty betragen.

Pastors Geheim-Konten

Im Devaheim-Prozess beschäftigte man sich zu Beginn der Verhandlung zunächst mit den Vorwürfen der Anklage gegen Pastor Cremer hinsichtlich der unrechtmäßigen Verwendung von Wohlfahrtsgeldern der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsvereinigungen. Pastor Cremer, der Mitglied des Aufsichtsrates der Hilfskasse war, soll nun nach der Anklage im April 1924 auf einem Briefbogen des Zentralausschusses für Innere Mission die Hika angefordert haben, für den Zentralausschuß zwei Geheimkonten „A“ und „B“ über 150 000 und 30 000 Mark einzurichten, ohne daß der Z.A. davon Kenntnis gehabt haben soll. Tatsächlich wurden die Geheimkonten eingerichtet mit dem Vermerk „Post und Auskunft nur an D. Cremer“. Von diesen Konten hat Cremer

nicht unerhebliche Beträge für sich selbst verwendet,

außerdem sind diese

Geheimkonten bei Revisionen nicht vorgelegt worden. Der Vorsitzende hielt Cremer vor, daß er 5 000 Mark, die vom Z.A. auf Dispositionskonto eingezahlt worden waren, auf sein eigenes Konto bei Rambaum & Co. übertragen und darüber für eigene Zwecke verfügt habe. Cremer: „Ich hatte im Jahre 1926 dem damaligen Geschäftsführer

der Devaheim, Dr. Delaporte, auf seine Bitten aus meinen persönlichen Mitteln 5 000 Mark für die Devaheim zur Verfügung gestellt. Bei dieser Ueberweisung des Z.A., die im Jahre 1928 erfolgte, handelte, es sich um die Rückzahlung dieser Summe.“ Beisitzer:

„Das ist leider nicht richtig, Herr Pfarrer, denn der im Jahre 1926 von Ihnen an Dr. Delaporte überwiesene Betrag von 5 000 Mark ist Ihnen damals noch am gleichen Tage von der Hilfskasse zurückgezahlt worden.“

Das geht aus den Kontoauszügen klar hervor! (Bewegung). Vors.: „Weiter sollen Sie am 27. Oktober 1931 vom Dispositionskonto 20 000 Mark an das Sanatorium Koblenz haben überweisen lassen, an dem Sie betätigt waren. Nach der Anklage soll die Buchung aber auf dem Umweg über die Deuzag erfolgt sein, damit nicht aus den Büchern der Hika ersichtlich wurde, daß dieses Geld für das Sanatorium Koblenz bestimmt war.“

Ferner wird D. Cremer vorgeworfen, daß er auch das Gehalt von Dr. L., das monatlich 2500 Mark betrug, aus den Mitteln der Auslandsanleihe bezahlt habe. Außerdem ist auch mit 10 000 Mark von diesem Geld ein großer Chrysler-Wagen bezahlt worden, den D. Cremer Dr. Libberts abkaufte. Die Feststellung



Copyright by AGIS-VERLAG Berlin-Wien 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung vorbehalten.

15. Fortsetzung

Man hat oft Hunger. Mutter weint. Der Onkel ist gefallen. Der Vater von der kleinen Ursel, der Vater von Jochem, der Bruder von Käthe. Alle sind sie tot. Aus dem Kind wird ein Junge. Ein Junge, wie alle. Er sieht sich um und er horcht überall.

Hurra, Hurra. Jeden Tag und jede Woche. Ein Jahr und zwei.

Und dann ist Schluß. Der Junge schreit nicht mehr Hurra. Er sieht noch und horcht noch umher, aber es ist etwas hinzugekommen.

Er denkt und denkt. Vaterland und Freiheit? Und warum machen manche dann Geschäfte?

Warum wollen sie nicht alle für das Vaterland sterben?

Man hört den Kanonendonner der großen Schlacht um Verdun nachts bis hierher.

In abenteuerlicher Ergriffenheit und mit brennenden Augen stehen sie dann auf dem Berg und hören das gewaltige Murren aus der Ferne. Der Heeresbericht meldet in geheimnisvoller Kürze: Starkes Artilleriefeuer ist im Gange. Und jeden Abend steigen sie auf den Berg und lauschen. Das ist gespenstisch und überwältigend. Dunkel und endlos liegt vor ihnen das Land.

Sie können es nicht denken, aber die Ahnung packt sie fürchterlich.

Ganz weit dahinten stirbt jetzt vielleicht der Vater oder der Bruder, sterben Tausende.

Am nächsten Morgen jammern die Sirenen. Maschinengewehre tacken. Ein feindliches Fliegergeschwader schwimmt am Rande der Stadt vorbei. Hinterher, zwischendurch die deutschen Verfolger. Sinnlos, ziellos knattert aufgeschrecktes Maschinengewehrfeuer. Ein paar Stunden ist Aufregung, dann stehen die Kinder und die Mutter mit den Greisen um dreißig Gramm Butter an. Stundenlang warten sie in der eisigen Kälte. Sonntags laufen sie auf die Dörfer und hamstern, und die Landstraßen sind von der Polizei gesperrt. Für Geld kann man alles kaufen, aber nur für viel Geld. Auch die Kinder wissen das längst. Nachts kommen sie müde und hungrig nach Hause. Den Gendarmen sind sie glücklich entkommen.

Alles sehen und erleben die Kinder. Endlose Verwundetenzüge stehen auf der Bahnhofsrampe. Aus dem Stroh der Viehwagen werden schmutzige, blutige und steife Gestalten herausgeholt, und einer neben den andern gelegt. Der Tod fletscht unter durchlöchernten Militärmänteln. Aus dem Wagen kommt Stöhnen und manchmal wildes Schreien. Dann fährt der Zug weiter. Die blutigen, schmutzigen Gestalten bleiben einsam zurück. Abends dröhnt und murrst es immer noch aus unendlicher Ferne. Morgen werden wieder die Züge an der Rampe stehen und übermorgen und jeden Tag.

Wie schnell die Zeit verfliegt und wie schnell die Kinder groß werden. Die Glocken läuten immer noch Sieg, aber nur noch spärlich. Aus den Fenstern hängen immer weniger Fahnen. Niemand lacht mehr. Erst soll der Krieg zu Ende sein.

Der geht ja nie zu Ende.

Aber dann ist doch eines Tages Frieden. Die Heere marschieren vorbei. Millionen Füße dröhnen durch die Straße. Endlose Ströme fluten grau und grau vorüber. Kein Gesang. Keine Musik. Immer nur marschie-

ren. Krepierte Pferde mit aufgeblähtem Bauch liegen an den Straßen. Hungerige Menschen, alle sind sie jetzt hungrig, haben Fetzen Fleisch herausgeschnitten, herausgezerrt. Batterien und endlose Wagenkolonnen versperrten die Straßen. Dann wehen rote Fahnen. Ueberall knattern Schüsse. Menschen krümmen sich auf dem Pflaster. Es donnert. Glocken läuten. Der Krieg ist zu Ende, aber es ist kein Frieden.

Die Kinder haben schaffen müssen für die Erwachsenen, niemand hat nach ihnen gesehen. Sie haben Elend und Schmutz gesehen, auf ihrer Gläubigkeit hat man herumgetrampelt. Sie sind frühreife Erwachsene geworden, belastet mit unverstandenen Eindrücken, hundertmal verzweifelt und zerstört, immer wieder hochgerissen.

Die Jungen stehen jetzt an den Straßenecken. Es gibt keine Arbeit. Da ist was zu stehlen. Sie haben alle im Kriege gestohlen. Sie stehlen weiter.

Ein Tag geht hinter dem andern her. Dann kommen die Erwachsenen, und die Kinder sollen wieder in die Ecken gestellt werden. Niemand weiß mehr etwas von dem, was die Kinder um sich herum geschehen lassen mußten.

Aber die Kinder haben es nicht vergessen. In ihren Träumen murrst noch immer der ferne Donner der großen Schlacht, rollen die Züge mit den blutig zeretzten Verwundeten, fletscht der Tod in vielerlei Gestalten: Wir standen zehn Stunden auf einem Fleck, um dreißig Gramm Fett zu erhalten. Und unsere dünnen Knochen bogen sich vor Unterernährung.

Wir wissen, daß sich gesunde kräftige Männer schlottend vor dem Kriegsdienst reklamiert in die Aemter verkrochen und daß an ihrer Stelle Lahme und Krüppel unter der Last der Gewehre keuchten. Ach, wir Jungen sahen so viel, viel, zuviel.

Die Jungen stehen jetzt draußen und wollen nicht mehr in die Winkel und Ecken. Die Jugend fordert und ist respektlos geworden.

Es muß wieder Ordnung geschaffen werden. Ein paar Tage war Ruhe. Ein paar Tage hatten sich die Schreier verkrochen. Dann kamen sie wieder.

Wo Junge sind, kommen sie schnell wieder diese Rattenfänger, und flöten ihre lieblichen Melodien. Und die Jungen tappen schon wieder hinterher. Bis auf die paar Haufen, die ausgebrochen sind.

Heute noch laufen sie in die Wälder um in die Stille, morgen sind sie wieder da. Bald wird wieder Ordnung sein.

Herr Leukel hat Liebe zu seiner Arbeit. Er ist ein Idealist und träumt davon, daß er vielen jungen Menschen helfen könne. Früher ging er mit seinen Jugendgruppen in die Wälder. Heute kennt er das Leben in der großen Stadt und weiß, wie viele Hundert oder Tausend in den Kellern und Häuserschächten verrecken. Das ist so ein Unterschied: diese Jugend und die von damals.

Aber sie und die andern sind junge Menschen und wenn sie noch so zerstückelt und dreckig sind, in den Augen ist noch der Funke Hoffnung nach dem Leben, den sie alle haben, diese und die andern. Herr Leukel ist Idealist und das macht das Leben und die Arbeit so schwer. Man lernt jeden Tag hinzu, aber über einen gewissen Spalt kommt man nicht hinweg.

Ueberall sind die Akten tadellos in Ordnung. Ueberall gibt es Menschen mit warmen Herzen für die Jugend. Hinterher sieht man dann oft, daß es nur angewärmte Herzen waren und daß der Zustand der Ordnung über alles andere hinwegragte.

Und Herr Leukel sieht jetzt mit andern Augen:

Manchmal hängen aus den tausend Fenstern in hundert Straßen der großen Stadt rote Fahnen. Dann dröhnt das Pflaster und wie eine Lawine rollt und donnert der Ruf: Wir wollen Brot und Arbeit. Brot und Arbeit.

Angestellte und Beamte wehrt Euch!

Die neue Notverordnung wird nach den Ankündigungen weitere große Belastungen auch der Beamten und Angestellten bringen. Neben den ohnedies schon einen großen Bruchteil des Gehalts ausmachenden Abzügen für Lohnsteuer, Bürgersteuer, Sozialbeiträge, Krisenabgabe soll jetzt für alle Proletarier noch eine Beschäftigungssteuer eingeführt werden, während zu gleicher Zeit die Besitzsteuern zum Teil um 20 vH gesenkt werden. Diese Schonung des Kapitals und ausschließlich gegen die niedrigbezahlten Arbeiter, Angestellten und Beamten gerichtete Steuerpolitik der Brüning-Regierung hat selbst bei den republikanisch und national eingestellten Beamten- und Angestelltengewerkschaften große Empörung ausgelöst. Ist doch diese Steuerpolitik nichts anderes, als zu den wiederholten Lohn- und Gehaltsabbauverordnungen ein neuer, unverhüllter Lohnraub. Dagegen wenden sich nachstehende Kundgebungen:

TU, Berlin, 23. Mai 1932.

Der Gesamtverband der deutschen Angestelltengewerkschaften (Gedag) hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der die Einführung einer Beschäftigungssteuer als eine völlig unerträgliche Verschärfung der Ungleichmäßigkeit in der Belastung bezeichnet wird. In dem Schreiben wird weiter darauf verwiesen, daß die Krisensteuer in der bisher geltenden Form unter den Angestellten immer wieder große Erbitterung hervorgerufen habe. Statt dessen sollte die Krisensteuer durch Heranziehung aller Einkommensbezieher und Ausgleich des Steuerchariffes umgebaut werden.

TU, Berlin, 23. Mai 1932

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat sich am Montag in einer außerordentlichen Sitzung mit der bevorstehenden Reichsnotverordnung beschäftigt und ihre Stellungnahme in einer längeren Erklärung niedergelegt, in der energisch dagegen protestiert wird, daß es die Reichsregierung bisher nicht für nötig gehalten habe, vor ihren wichtigen Entscheidungen die Vertreter der Deutschen Beamtenschaft zu hören. Dadurch, daß die Beamten in die Freigrenze für die Beschäftigungssteuer nicht einbezogen werden sollen, werde der Gedanke einer allgemeinen Notabgabe bewußt in sein Gegenteil verkehrt. Der betroffene, wirtschaftlich schwächste Teil, werde erneut zu einer Sonderabgabe herangezogen. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes sehe sich genötigt, sich un-

mittelbar an den Reichspräsidenten (!) zu wenden und ihn zu bitten (!), die bevorstehende Notverordnung nicht zu genehmigen, ehe nicht auch der Beamtenschaft Gelegenheit gegeben worden sei, ihre Auffassung darzulegen.

*

So berechtigt und notwendig der Protest der Beamten- und Angestellten-Organisation ist, so falsch und illusionär sind die hier angewandten Methoden. Als ob der Reichspräsident und die Reichsregierung auch nur daran dächten, diesen Wünschen und Bitten zu entsprechen! Umgekehrt. Es ist gerade die heutige, wie auch jede kapitalistische und erst recht eine eventuelle Nazi-Regierung, die ab-

sichtlich die Besitzenden entlastet und alle Lasten ausschließlich auf die Masse der unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter abwälzt.

Haben die Beamten und Angestellten nach jahrelangen vergeblichen Petitionen, Mahnrufen usw. an die Regierung immer noch nicht begriffen, daß man damit eher einen Stein zum Erweichen bringt, als die Regierung und ihre Organe umzustimmen?

Darum Schluß mit dieser würdlosen Bettelei. Die große Masse der Beamten, Angestellten und Arbeiter sind, wenn sie sich zu einer geschlossenen Kampffront zusammenschließen, eine solche unüberwindliche Macht, daß sie nicht nötig haben, unnützerweise zu betteln, sondern die Durchsetzung ihrer Forderungen jederzeit erzwingen können. Diese Lehre in die Praxis umsetzen, in ihren Organisationen durchzusetzen, daß gemeinsam mit den Arbeitergewerkschaften der Weg des rücksichtslosen Kampfes beschritten wird, das ist die Aufgabe der Beamten und Angestellten.

Immer noch höher

25 Prozent Lohnraub für Stukkateure

Der Baugewerksbund gibt bekannt, daß im Stuck- und Gipsbaugewerbe die Unternehmer mit dem Ablauf des Tariffes am 30. April einen Lohnabbau von 24,4 Prozent forderten. Nach dem Scheitern der Verhandlungen wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 19,2 bis 26,3 Prozent vorsieht. Jetzt hat der Schlichter diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Und was schreibt der Vorsitzende des Baugewerksbundes dazu?

„Kollegen! Durch den Zwangsschiedsspruch sind uns die Hände gebunden. Die Löhne sind gesenkt und die Kaufkraft ist bedeutend geschwächt worden. Unsere Arbeitskraft muß erhalten bleiben, das sind wir unserer Familie schuldig. Dieses ist nur möglich, wenn die Arbeit ins Verhältnis zum Lohn gebracht wird.“

Das also ist die neueste Taktik des BGR-Vorstandes. Statt des Kampfes gegen Lohnraub, gibt man den Rat, den Lohnabbau geduldig „mit gebundenen Händen“ hinzunehmen, aber dafür — weniger zu arbeiten. Solche Weisheiten nach mehr als 60jähriger sozialistischer Arbeiterbewegung! Ist es da ein Wunder, wenn die Proleten fragen: zu was noch eine Gewerkschaft? Solche kindischen und in der Praxis sich längst als unsinnig erwiesenen und heute im Zeitalter der höchsten Rationalisierung erst recht undurchführbaren Ratschläge haben Wirkköpfe oder ganz Naive vor Jahrzehnten vorgebracht.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter solche

Bankrotteure von der Führung ihrer Organisationen zum Teufel jagen. Wer hat ihnen die „Hände gebunden“? Doch nur die reformistischen Gewerkschaftsführer, die immer und auch heute noch, das Schlichtungswesen anerkennen und verteidigen. Darum schärfsten Kampf der Schlichtungsklaverei. Keine Anerkennung der Zwangsschiedssprüche, sondern Streiks trotz und gegen Verbindlichkeitserklärung.

Steinsetzerstreik in Landsberg a. W.

Da die Lohnverhandlungen zwischen der Steinsetzerzweigvereinigung und dem Zentralverband der Steinarbeiter zu keiner Einigung geführt haben, hat die Innung ein Rundschreiben an ihre Mitglieder verschickt, wonach nur 75 Prozent des bestehenden Lohnes an die Arbeitnehmer gezahlt werden sollen. Der Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Landsberg (Warthe), hat in seiner Mitgliederversammlung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Bei allen Unternehmern, die die von der Gauleitung unseres Verbandes herausgegebene Vereinbarung für die Zwischenzeit der Lohnverhandlung nicht unterschreiben, wird die Arbeit ab 18. Mai eingestellt.

Die Firmen Otto Koske und Hermann Beland haben es abgelehnt, zu unterschreiben. Die Verbandskollegen haben darauf die Arbeit eingestellt und befinden sich im Streik. Wir ersuchen alle Kollegen, den Ort Landsberg (Warthe) zu meiden. Die Baustellen der genannten Firmen sind: Großer Damm (Lipke).

Bauschlosserstreik?

Der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Gewerbers Dr. Körner für die Berliner Bau- und Geldschrankschlosser hat einen Schiedsspruch mit einem Lohnabbau von 5,7 Prozent für sämtliche Tarifgruppen gefällt.

Ganz abgesehen davon, daß auch dieser Lohnabbau von 5,7 Prozent wirtschaftlich völlig unbegründet ist, kommt darin der wirkliche Lohnabbau noch nicht zum Ausdruck, der durch den Schiedsspruch tatsächlich verfügt wird. Der Schiedsspruch beseitigt nämlich mit einem Federstrich die Bestimmung des Lohnariffes, wonach bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Da durch diese Bestimmung ein erheblicher Teil der Bau- und Geldschrankschlosser von dem Abbau der übertariflichen Löhne bis auf die nackten Tariflöhne bisher noch verschont geblieben ist, würde die Beseitigung dieser Schutzbestimmung, außer dem Abbau der Tariflöhne, um 5,7 Prozent noch einen Sonderabbau bis zu 25 Pfg. pro Stunde bedeuten.

Die DMV-Branchenversammlung am Montagabend hat den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt und beschlossen, am Dienstag in allen Betrieben eine Urabstimmung über Streik durchzuführen. Es ist anzunehmen, daß der Streik mit großer Mehrheit beschlossen wird. Die Vertrauensleute werden sich heute, Mittwoch, versammeln, um entsprechend der Abstimmung die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Rückertagung zu viel gezahlter Lohnsteuer

TU, Berlin, 24. Mai 1932.

Der Steueraussschuß des Reichstages nahm am Dienstag einen kommunistischen Antrag auf Wiederherstellung der Rückertagungspflicht für zu viel gezahlte Lohnsteuer an, und zwar bei Stimmhaltung des Zentrums und der Wirtschaftspartei. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Reichsregierung ersucht wird, die Erhebungsform des Steuerabzuges vom Arbeitslohn mit größter Beschleunigung so umzugestalten, daß die dem Steuerpflichtigen gesetzlich zustehenden jährlichen steuerfreien Lohnbeträge und Familienermäßigungen laufend voll gutgebracht werden und eine Ueberzahlung der Steuer bei Verdienstaufschlag infolge Arbeitslosigkeit ausgeschlossen wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Döckstein, für Inserate: Johannes Hollmann. Verlag: Stiebel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montage. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Staatstheater

Oper u. d. Linden

Mittwoch, 25. Mai 8 Uhr

Ein Maskenball

Schauspielhaus

Mittwoch, 25. Mai 8 Uhr

Der Liebestrank

Schillertheater

Mittwoch, 25. Mai 8 Uhr

Abschied von der Liebe

zum 1. Male

Volkshöhne

Theat. u. Bühnen

Mittwoch, 25. Mai 8 Uhr

Sturm im Wasserglas

Rose-Theater

Mittwoch, 25. Mai 8.30 Uhr

Weekend im Paradies

Konzert und Varietés

8.15 Uhr

Zigeunerliebe

Werbt für die SAZ

Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof

Tonfilm-Tageskino

Der schönste Mann im Staate

2 Herzen und 1 Schlag

PRATER Lichtspiele

Kastanienallee 7/9

2 in einem Auto

2 in einem Auto

Irwege des Lebens

Theater des Weddings

Melodie der Liebe

Das erste klassische Schauspielprogramm

Elysium - Lichtspiele

Shanghai-Express

Die große Kapelle: Ruth und ihre Jazzboys

SAZ

die Tageszeitung der Werktätigen

SAZ

Kaufhaus Schocken

Blumen-Gießkanne

Blumen-Gießkanne

Garten-Gießkanne

Garten-Gießkanne

Friedhofsgießkanne

SAZ

Subskriptions-Einladung

Demnächst erscheint:

Fritz Sternberg

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus

und die Aufgaben der Arbeiterklasse

Inhalt: I. Teil: Der Weltkapitalismus der Vorkriegszeit / Der deutsche Kapitalismus der Vorkriegszeit / Der Niedergang des Weltkapitalismus.

II. Teil: Der deutsche Kapitalismus nach Krieg und Inflation / Der deutsche Kapitalismus in der Zeit der relativen Stabilisierung / Der deutsche Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise

III. Teil: Reformismus / Faschismus / Die Aufgaben der Arbeiterklasse

ca. 380 Seiten

Subskriptionspreis Mk. 4.50

Buchhandelspreis voraussichtl. Mk. 7.50

Der Autor gibt auf Grund der marxistischen Analyse der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage ein klares Bild vom Niedergang des gesamten kapitalistischen Systems und den Aufgaben, die die deutsche Arbeiterklasse zu erfüllen hat.

Die Marxistische Büchergemeinde fordert hiermit die Genossen auf, ihre Bestellung umgehend einzusenden. Vorausgesetzt, daß die erforderliche Mindestzahl von Bestellungen bis zum 15. Juni eingeht, kann die marxistische Büchergemeinde das überaus wertvolle Werk zu diesen günstigen Preisen abgeben.

Bestellungen sind zu richten an die

Freie Verlagsgesellschaft m.b.H.

Berlin O 27, Magazinstr. 15-16 Postfach: Berlin Nr. 151261

Kino für Jedermann

Postdamer Platz 4, im Vorhaus am Postdamer Platz B 1 Kurt. 2334

Ab Dienstag, 24. Mai

Eine Nacht im Paradies

Uta-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.

Ungedruckte u. Erwerblose 0.40 M.

Tagl. ab 9 Uhr vorm.

ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.

tägl. Tag- u. Nachtline Berlin

Münz-Theater

Tonfilm-Tageskino

Der König der Steppe

Eine Nacht im Paradies

Elysium - Lichtspiele

Shanghai-Express

Die große Kapelle: Ruth und ihre Jazzboys

Westfalen

Schuhreparatur-Preise

enorm gesenkt

Laubfarn, Sochum-Linden

Oberlausitz

Die allerfeinste Butter, den Größte Auswahl

besten Käse u. Speisequark

kauft man direkt oder in den Verkaufsstellen der Melker!

Herrnhut i. Sa.

Friedrich Gütler

Mossau-Spremberg